

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis pro Monat einschließlich Fringerlohn 70 Pfg., bei Selbstabholung in der Expedition oder den Filialen 60 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Fringerlohn 80 Pfg., bei Selbstabholung 70 Pfg. — Durch die Post bezogen vierteljährl. 2.10 Mk., für 1 Monat 70 Pfg. (Postgeld vierteljährl. 42 Pfg., monatl. 14 Pfg.).

Redaktion: Tauscher Straße 19/21. Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig. Telefon: 18698. Sprechstunde: Wochentags 6—7 Uhr abends (außer Sonnabends).

Inserate kosten die 6gespaltene Petitzeile oder deren Raum 25 Pfg., bei Klavierschrift 30 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Belegen von Prospekten ist 3.50 Mk. pro Tausend für die Gesamtauflage, bei Teilaufgabe 4 Mk. — Der Betrag ist im voraus zu entrichten. Schluß der Annahme von Inseraten für die fällige Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag, Expedition und Inseraten-Annahme: Leipzig, Tauscher Str. 19/21, Hofgebäude. Telefon: 2721.

Arbeiter, Parteigenossen!

Die preußische Regierung hat mit ihrer volksfeindlichen Wahlrechtsvorlage eine schmachvolle Niederlage erlitten. Die Mandatsträger des Zentrums und der Nationalliberalen hat eine Einigung der bürgerlichen Parteien auf eine den Interessen der preußischen Junker dienende Wahlrechtsreform verhindert.

Der König von Preußen bezeichnete in der Thronrede vom 20. Oktober 1908 die organische Fortentwicklung des preußischen Wahlrechts als eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart. Die Vorlage des Herrn v. Bethmann-Hollweg wollte im Gegensatz zu diesem Versprechen das Dreiklassenwahlrecht durch Verkoppelung mit der direkten Wahl konservieren. Selbst dafür war die regierende Junkerkaste nicht zu haben. Ihre Vertreter im Abgeordnetenhaus, die Konservativen, verbanden sich mit dem in Kulturfragen gleich reaktionären Zentrum und verurteilten die Regierungsvorlage. Zweck dieser Machenschaft war, das Dreiklassenwahlrecht noch fester zu verankern. Dieser Plan mißlang. Das Herrenhaus beschloß im Einverständnis mit der Regierung die Einführung größerer Drittelungsbereiche zugunsten des Großkapitals. Das Zentrum erblickte darin eine Gefährdung seines Besitzstandes und ließ die Vorlage scheitern.

Das wohlverdiente Ende dieses gesetzgeberischen Wechselbalsgs mußte die Sozialdemokratie mit Genugtuung begrüßen, deren Vertreter die Ankündigung der Vorlage am 10. Februar im Abgeordnetenhaus mit stürmischem Protest aufgenommen hatten.

Die Wahlrechtsvorlage der Junkerregierung ist begraben! Der Wahlrechtskampf ist damit in ein neues Stadium getreten. Die Arbeiterklasse und mit ihr weite Kreise des Volkes sind von der Notwendigkeit einer schnellen Beseitigung der Dreiklassenwahl überzeugt. Sie werden alles daran setzen, um ihren Willen zur Geltung zu verhelfen. Für die bevorstehenden Kämpfe haben Regierung und bürgerliche Parteien in den Landtagsverhandlungen neuen Agitationsstoff in Fülle geliefert!

Die Regierung des Herrn von Bethmann-Hollweg hat in diesen parlamentarischen Kämpfen eine traurige Rolle gespielt. Ziellos und planlos schwankte sie zwischen den bürgerlichen Parteien herüber und hinüber und mußte schließlich am 27. Mai im Abgeordnetenhaus ihren Bankrott erklären.

Die konservative Partei, die Sachwalterin der Junker, hat die Wahlrechtsforderungen der arbeitenden Klassen verhöhnt und kurzer Hand jeden Vorschlag verworfen, die die Bereicherungs- und Unterdrückungspolitik der Junker und Agrarier gefährdete. Der Junker will Herr sein und durch Preußen Deutschland beherrschen.

Parteigenossen! An die Arbeit! Es lebe der Kampf! Es lebe die Sozialdemokratie!

Berlin, 1. Juni 1910.

Der geschäftsführende Ausschuss
der Landeskommission der Sozialdemokratie Preußens.

Der Parteivorstand
der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Seuilleton.

Der Octopus.

Eine Geschichte aus Kalifornien von Frank Norris.
Eingig berechtigte Uebersetzung von Eugen v. Tempel.

98] Nachdruck verboten.

In Guadalupe fanden sich auch die Bluthunde wieder zu den Reitern. Die ermüdeten Pferde anspornend, galoppierten die Verfolger den Oberen Weg entlang und hielten dabei scharfe Umschau nach den Spüren, die Dylke, wenn er von der Lokomotive abgesprungen war, hinterlassen haben mußte.

Drei Meilen jenseits der langen Treppelrücke stieß die Posse auf S. Behrman, der sein Reitpferd am Zügel hielt und aufmerksam eine in den Weizen von unten Sabe getretene Spur betrachtete. Die Reiter hielten an. „Weit zurück habe ich die leere Maschine vorbeifahren sehen“, sagte S. Behrman. „Jungens, mir scheint, er ist hier runtergesprungen.“

Noch ehe jemand antworten konnte, schlugen die Bluthunde, die neue Spur aufnehmend, schon an. „Das ist er!“ rief S. Behrman. „Vorwärts, Jungens!“ Sie sprengten den Hund nach.

S. Behrman kletterte mühsam in den Sattel. Reuend, schweißend und die Fettnulst über seinem Nacken mit dem Taschentuch trockenend trotzte er der weit vor ihm dahinjagenden Posse nach; sein dicker Hängebauch

und das wabblige Doppelkinn wackelten bei jedem Schritt des Pferdes.

„Ist das ein Tag,“ murmelte er, „ist das ein Tag!“

Dylke Spur war frisch; man folgte ihr so leicht, als ob sie in eben gefallenem Schnee eingedrückt wäre. Es dauerte nicht lange, und die Posse sprengte auf den freien Platz vor dem Verwalterhaus. Die beiden Portugiesen wurden noch angetroffen; sie rissen die Augen weit auf und waren in größter Aufregung.

Ja, ja, Dylke wäre hier gewesen — noch vor keiner halben Stunde. Er hätte sie gestellt, hätte ein Pferd genommen und wäre in nordöstlicher Richtung davongejagt, nach den Hügeln und der Quelle des Broderjones-Baches hin.

Im vollen Galopp ging die Jagd durch den von den Pferdehufen zertrampelten Weizen weiter. Die Hunde hatten die Nasen dicht auf die Fährte gesenkt und bellten unaufhörlich; die Männer auf frischen, der Koppel des Verwalters entnommenen Pferden beugten sich weit im Sattel vor und sporneten unarmherzig ihre Tiere. Weit hinten trotzte S. Behrman.

Es war erstaunlich, wie lange die Verfolger sogar in dem offenen, kein Bersted bietenden Gelände hinter dem gehekten Ränder mühten. Sie ließen Säune hinter sich, deren Stacheldraht der Flüchtling mit seinem Messer durchhadt hatte. Das Gelände stieg an; man kam in die Hügel. Die Verfolgung ließ nicht nach. Die Sonne hatte schon lange ihre Mittagshöhe überschritten und senkte sich der Erde zu. Würde es Nacht werden, ehe die Jäger an das gehekte Wild herantamen?

„Seht! Seht! Dort ist er! Schnell, jetzt geht's los!“

Delaney zeigte auf einen Reiter, der, aus einer mit Chaparral (Stechendorn, Dornestrüpp) bewachsenen Rinne hervorbrechend, sein Pferd zu einem mühsamen Galopp den steilen fahlen Hügelhang hinaufzwang. Und schon brachen die Verfolger in ein Triumphgeschrei aus. Das Pferd war gestürzt und sein Reiter aus dem Sattel geslogen. Er raffte sich auf, griff nach dem Zügel, verfehlte ihn, und das Pferd rannte mit seinem leeren Sattel weiter. Der Mann blieb, sich umschauend, einen Augenblick stehen, sah die Jagd näherkommen und verschwand wieder in dem Chaparral.

Delaney stieß einen wilden Jubelruf aus. „Jetzt haben wir dich!“

Ueber Berg und Tal sprengend, folgte die kleine Reitergarde der frischen, deutlich erkennbaren Spur. Immer weiter führte sie; in wütender Hast spornen die Verfolger ihre Pferde steile Abhänge hinan. Durch das ausgetrocknete Bett eines Wasserlaufs ging die wilde Jagd durch einen Zaun, dann durch ein Manzanitadickicht brach sie sich Bahn und raste, das weidende Vieh aufschauend, in vollem Rosselauf über eine Wiese von wildem Hafer, um endlich ein mit Dornestrüpp und Zwergelichen dicht bewachsenes Rinnsal zu durchqueren. Und jetzt begann plötzlich das Feuern. Wie die rollende Salvo eines Maschinengewehrs trachten in blitzschneller Folge die Schüsse der Reiter. Einer der Deputys wankte im Sattel und bedeckte das Gesicht mit den Händen; das Blut rieselte zwischen den Fingern hervor.

Dylke war endlich gestellt. Den Rücken durch einen Felsblock gedeckt, während der Wurzelballen eines umgestürzten Baumes ihm als Brustwehr diente, erwartete er, den rauchenden Revolver in der Hand, seine Gegner,

Geraume Zeit?

Leipzig, 1. Juni.

Im preußischen Volke und darüber hinaus gibt es jetzt keine Frage, die häufiger gestellt wird, und deren Beantwortung man dringender verlangt, als die, wann die Regierung eine neue Wahlrechtsvorlage einbringen wird; denn daß sie überhaupt eine solche einbringen wird und muß, daran zweifelt selbstredend kein Mensch, und selbst die Junker sind sich im Innersten über diese Notwendigkeit klar. Eine Antwort nun gibt folgende angeblich offiziöse Korrespondenz:

Die Auffassung, daß die Regierung das Versprechen der Thronrede durch Einbringung der soeben zurückgezogenen Wahlreform erfüllt und sich damit jeder weiteren Verpflichtung in dieser Richtung entledigt habe, wird an den maßgebenden Stellen nicht geteilt. Eine neue Wahlrechtsvorlage kommt, und sie ist ja auch bereits in der halbamtlichen Erklärung, die darauf hin gewiesen hat, daß solche Fragen „nicht auf den ersten Anstoß geistigt“ zu werden pflegen, hinreichend angedeutet worden. Freilich ist es aber anzunehmen, daß der neue Entwurf sehr bald, wovon schon in der nächsten Herbsttagung des Landtages eingebracht werden könnte. Dagegen sprechen verschiedene Gründe. Zunächst bedarf die Vorlage nach den jetzt gemachten Erfahrungen einer wenn möglich noch gründlicheren Vorbereitung und der Rücksichtnahme auf Momente, deren Bedeutung für die Lösung der Frage sich erst zum Teil aus den letzten Debatten ergeben hat. Auch wird die weitere Entwicklung der Parteiverhältnisse, die, wie sich gezeigt hat, vor allen andern Dingen für die Behandlung der Wahlrechtsfrage maßgebend sind, abzuwarten sein, ehe sich die Regierung über die nunmehr einschlagende Zeit im Klaren sein wird. Andererseits ist zu berücksichtigen, daß den Parteien nach den aufregenden Kämpfen der letzten parlamentarischen Kampagne einige Zeit zur Erholung gelassen werden muß, wenn das an sich schwierige Problem nicht noch durch eine gewisse Verdröpfung erstarkt werden soll. Endlich aber wird die sehr wahrscheinliche Neubestellung des Ministeriums des Innern nicht ohne Einfluß auf die Gestaltung und Förderung des neuen Entwurfs sein, dessen Bearbeitung aus begrifflichen Gründen Persönlichkeiten vorbehalten sein wird, die bisher zur Lösung der Frage nicht herangezogen worden sind. Alle diese Momente lassen es nur natürlich erscheinen, daß geraume Zeit vergehen wird, bis der neue Wahlrechtsentwurf beratursgreif sein wird.

Das preußische Volk wird also auf den St. Nimmerleinstag vertröstet. Eine frechere Verhöhnung ist nicht denkbar.

Hoffentlich ist sich Herr Bethmann-Hollweg darüber klar, was er mit diesem sauberen Plänchen anrichtet: er besorgt unsere Geschäfte. Welch eine glänzende Stunde für einen klugen und klugen Minister, der den Mut hätte, sich an die Spitze der Opposition zu stellen und ein freiherrliches Wahlrecht für Preußen zu erkämpfen! Aber wer wird von Bethmann Klugheit, wer wird gar Kühnheit von ihm erwarten? Sein Stolz ist es, stets drei Posttage hinter der Weltgeschichte herzuhalten. Um so besser für uns. Die Initiative bleibt bei der Partei, und das freie Wahlrecht, das auch für Preußen kommen muß, wird dann nicht von einem klugen, vorausschauenden Minister gegeben, sondern von den revolutionären Massen erobert sein.

Je fester Herr Bethmann-Hollweg sich vor der Wahlreform sperrt, desto kräftiger wird der Gegenruck der Sozialdemokratie sein, und je länger er den Termin dieser Reform hinauschiebt, desto gründlicher wird die Zerfegung sein, die die preußische Wahlrechtsfrage auf alle politischen Verhältnisse Preußens und Deutschlands ausübt. Diese Frage wirkt wie Scheidewasser und zwingt jede einzelne Partei, die Maste abzuwerfen und ihren wahren Charakter zu entdecken, und zwar um so mehr, je länger der Wahlrechtskampf dauert. Von diesem Gesichtspunkt aus haben wir also — in rein agitatorisch-sozialrevolutionärer Hinsicht — gar nichts gegen die Politik Bethmanns einzuwenden. Sie ermöglicht uns, durch stets erneute Vorstöße, durch unablässige Beunruhigung der Reaktion, sei es durch Straßendemonstrationen, sei es durch Massenstreiks, die gesamte Öffentlichkeit des Staates, des Reichs, ja Europas und der übrigen Welt immer wieder auf die schwärende Wunde am Leibe Preußens hinzuweisen. Sie setzt uns in den Stand, in einer Frage, wo die Interessengegensätze der übergroßen Mehrheit gegen die einer winzigen Minderheit mit plastischer Klarheit vor Augen treten, den gemeinsamen Charakter des preußischen Junkerstaats, die gefährliche Heuchelei des Zentrums, die klägliche Hilflosigkeit und Zerstückelung der Nationalliberalen, die totale Unzuverlässigkeit der Fortschrittler, denen die roten Adlerorden aus der Zeit des Bismarck noch an den Zottelbrüsten baumeln, vor jedermann nachzuweisen und so den tiefsten Eindruck auf die gesamte Öffentlichkeit zu machen.

„Sie sind arretiert, Dyle!“ rief der Sheriff. „Ein weiterer Widerstand ist völlig zwecklos. Das ganze County ist hinter Ihnen her.“

Dyle feuerte von neuem; seine Kugel zerstreute ein Vorderbein des von dem Sheriff gerittenen Pferdes.

Die jetzt nur noch vier Mann zählende Besatzung — der von dem ersten Schuß Dyles verwundete Deputy war auf allen vieren zur Seite gekrochen — zog sich zurück, um abzusetzen und hinter Felsblöden und Büschen Deckung zu suchen. In diesem unebenen Gelände war ein Kampf von Sattel aus unmöglich. Dyle hielt sich wohlweislich, jetzt zu schießen; war sein Revolver abgefeuert, so würde ihm — das wußte er genau — keine Zeit mehr gelassen werden, ihn wieder zu laden.

„Dyle,“ rief der Sheriff von neuem, „zum letztenmal fordere ich Sie auf, sich zu ergeben!“

Dyle antwortete nicht. Der Sheriff, Delaney und Christian besprachen sich leise miteinander. Dann trennten sich Delaney und Christian von den andern und zogen sich nach links; sie wollten versuchen, auf einem weiten Umwege von rückwärts an Dyle heranzukommen.

In diesem Augenblick erschien S. Behrman. Es muß dahingestellt bleiben, ob Unerblichkeit oder Mangel an Vorlicht den Vertreter der Eisenbahn in das Bereich von Dyles Revolver brachte. Vielleicht war er ein tapferer Mann, vielleicht auch hatte er bei dem Bestreben, seinen Sitz auf dem sich unter der schweren Last mühevollen Pferde zu behaupten, nicht bemerkt, wie nahe er dem Kampflage gekommen war. Die im Schutze von Felsblöden und Büschen am Boden liegenden Männer mußte S. Behrman jedenfalls nicht gesehen haben; er war, ehe ihn jemand warnen konnte, bis auf dreißig Schritte an Dyles Brustwehr herangeritten.

[Fortsetzung folgt.]

machen. Ein großes Stück politischer Erziehung des am wenigsten politischen Volkes Europas wird damit vollzogen. Bisher drang nur dann eine tiefe politische Erziehung in die Massen Deutschlands, außerhalb des Klassenbewußtseins der Proletariate, wenn es sich um hurrapatriotische Affären handelte, bei denen die Regierung die Händchen im Spiele hatte und wo die gesamte Nation als von einem gemeinsamen Feinde bedroht erschien. Bei der Wahlrechtsfrage treten die sonst so fanatisch geleugneten Herrschafts- und Knechtschaftsverhältnisse im Innern, das heißt, der soziale Charakter der modernen Gesellschaft ans Licht: hier gibt's keine patriotischen Phrasen, hier hilft kein Mundspucken, hier muß geffissen werden. Es gibt nichts, was politisch aufklärender und aufrüttelnder wirkt, als ein mit Fähigkeit und kühler Entschlossenheit geführter Kampf ums preußische Wahlrecht.

Und gerade weil dieser Wahlrechtskampf so unvergleichlich aufklärend wirkt, weil er ganz von selber den bürgerlichen Parteien den Anhang in den Massen entzieht, deshalb führt er ganz automatisch über sich selbst hinaus. Wir wiesen schon bei einer früheren Gelegenheit auf den Zusammenhang hin, der zwischen dem preußischen Wahlrechtskampf und der Tatsache des Reichstagswahlrechts besteht. Damals schrieben wir — und wie recht wir hatten, bewies die Wut, die diese Zeilen in der bürgerlichen Presse auslösten —

Die Tatsache des Reichstagswahlrechts ist das Glück und gleichzeitig das Unglück für die preußischen Junker. Bestünde es nicht: der Kampf um die Landtagswahlrechte, besonders der Kampf um das preußische Wahlrecht würde sicherlich schon jetzt noch viel schärfere Formen angenommen haben. Jetzt wirkt das Reichstagswahlrecht bis zu einem gewissen Grade als Wellenbrecher der revolutionären Energie der Massen in den Einzelstaaten. Soweit kommt das allgemeine Wahlrecht den Junkern zugute. Je mehr aber das Reichstagswahlrecht in den Einzelstaaten seine Aufgabe als Wellenbrecher im Dienste der Reaktion erfüllt, desto gewaltiger entladet sich eben diese revolutionäre Energie bei den Reichstagswahlen. Und das fürchten die Junker. Sie sehen den nächsten Reichstagswahltag, die ja schon im nächsten Jahre stattfinden müssen, mit Grauen und Entsetzen entgegen. Weniger vielleicht, daß sie selber, weniger auch, daß ihre schwarzen Kameraden aus dem Zentrum in diesen Wahlen vernichtet werden: die Gefahr liegt für die Junker, so paradox es auch klingen mag, gerade in einer Vernichtung der liberalen Parteien. Und diese liegt allerdings im Bereiche der Wahrscheinlichkeit. Wenn in einem Lande die Gegenkräfte sich so weit ausgeglichen haben, daß es nur noch Vertreter der schärfsten Reaktion, Junker und Pfaffen, als herrschende Partei, und nur noch Sozialdemokraten als Opposition gibt, wenn der Liberalismus so geschwächt ist, daß er nicht einmal mehr die abgewohnte Rolle des politischen Prügeljungen für beide Seiten abgeben kann: nun, dann geht der Tanz erst richtig los, dann tritt Deutschland in seine große Krise, der es seit dem Jahre 1870 zusehends entgegensteht. Ist der politische Schlagtrief in Deutschland erst auf seine kürzeste Formel gebracht: für oder wider Junker und Pfaffen? — Soll dann gibt es ein großes Krachen und Stürzen, und auf den Wellen der deutschen Revolution werden die Trümmer des alten, ruppigen Junkerstaats flutend davon getragen!

In der Tat: die Möglichkeit, die den Massen geboten ist, den preußischen Wahlrechtsfeinden durch das Reichstagswahlrecht einen vernichtenden Schlag zu versetzen, und die absolute Sicherheit, daß dieser Schlag kommen wird, die ist es, die den Kampf ums preußische Wahlrecht zu einem Kampf um des Reichs Zukunft verwandelt und ihn so weit über sich selbst hinausreißt. Er stellt alle Parteien vor die Erstlingsfrage, er enthüllt dem blödesten Auge die sozialen Wurzeln der bürgerlichen Gesellschaft und wird dadurch aus einem simplen Wahlrechtskampf zu einem Kampf der sozialen Revolution schlechthin.

Will uns Herr Bethmann-Hollweg durch seine täppische Verschleppungstaktik bei dieser historischen Entwicklung helfen, so soll er uns willkommen sein. Er wird dann wenigstens eine Wehnlichkeit mit dem großen Bismarck haben, dem Karl Marx einmal das Zeugnis ausstellte: eine komische Person, aber ein ganz brauchbarer unfreiwilliger Helfershelfer der sozialen Revolution.

XII. Generalversammlung der Bäcker.

k. Berlin, 31. Mai.

Die Generalversammlung wurde heute nachmittags 1 Uhr im großen Saale des Gewerkschaftshauses eröffnet. Es sind 80 Delegierte, 9 Vorstandsmitglieder und 4 Gauleiter anwesend. Das Verbandsorgan vertreten die Redakteure Weidler- und Pantel-Hamburg, die Generalkommission der Gewerkschaften hat Bauer-Verlin delegiert. Als Gäste sind noch anwesend Vertreter der österreichischen Bruderorganisation (Zipfer-Wien), des schweizerischen Nahrungs- und Genussmittelverbandes (Fischer-Zürich) und der deutschen Zentralverbände der Bäcker, Mühlenarbeiter und Fleischer.

Vorsitzender Altmann führte in seiner Begrüßungsrede u. a. aus: Es sind in den nächsten Tagen 25 Jahre verstrichen, seitdem unsere Organisation besteht. 25 Jahre emigen, stolzen Wirkens liegen hinter uns, 25 Jahre, in denen wir viel Anfeindungen von den Arbeitgebern und von den Behörden ausgeht waren. Blicke wir diese 25 Jahre zurück: wie kümmerlich waren die Anfänge und wie stark und gefestigt steht heute unsere Organisation da! Wir haben in unserer Tätigkeit, besonders bei unsern Kämpfen, Hilfe gefunden bei den verwandten Gewerkschaften, bei der Generalkommission und bei den Vertretern der politischen Arbeiterpartei (besonders Bebel), und diesen allen sind wir zu großem Dank verpflichtet. Altmann gab dann ein Bild der Entwicklung und der Kämpfe des Verbandes. Der Verband könne mit Stolz auf die erzielten Erfolge zurückblicken. (Beifall.)

Es folgen noch eine Reihe Begrüßungsreden. Von denen der Vertreter der Bäcker, Mühlenarbeiter und Fleischer ist hervorzuheben, daß alle die Hoffnung aussprechen, die Verschmelzung sämtlicher Verbände der Nahrungs- und Genussmittelbranche zu einem Industrieverband möge in nicht allzu fernar Zeit eintreten.

In das Bureau des Verbandstages werden Altmann-Hamburg und Deyschold-Berlin als Vorsitzende gewählt, denen Altmann-Dresden und Manz-Stuttgart als Stellvertreter zur Seite stehen. Die vorgesehene Tagesordnung wird bestätigt.

Nach Einsetzung einer Reihe von Kommissionen erstattete Verbandsvorsitzender Altmann-Hamburg den Geschäftsbericht, aus dem wir schon einen längeren Auszug brachten. Altmann betonte, daß die Organisation in der Reichweite ruhig und sicher fortgeschritten sei, und der Verband mit der Entwicklung zufrieden sein kann. Die Zeiten wären ja für die Entwicklung nicht günstig gewesen, die Wirtschaftskrise und die Verleugung des Rohmaterialpreises infolge des Brotunwunders hätten auf die Organisation gedrückt. Trotz alledem sei aber die Mitgliederzahl in der Berichtsperiode von 13 425 auf 20 350 gestiegen. Für die Einführung eines wöchentlichen Ruhetages sei energisch gekämpft und seien auch hier Erfolge erzielt worden. Der Verband werde erneut an das Parlament um die gesetzliche

Anerkennung und Festsetzung eines wöchentlichen Ruhetages herantreten. In den Nachbarstaaten sei diese Forderung durchgeföhrt, in Deutschland aber, das so gerne als das Land bezeichnet werde, das in der Sozialpolitik an der Spitze stehe, hätten die Bäckerarbeiter noch keinen gesetzlichen wöchentlichen Ruhetog. Und bei der heutigen Zusammenkunft des Reichstags sei leider auch nicht zu erwarten, daß hier bald eine Forderung eintritt. Es sei aber dringend nötig, auf dem Gebiete des Arbeiter-schutzes weiterzukommen, und das zeige, daß auch die politische Betätigung der Mitglieder nötig sei. Die Kämpfe des Verbandes würden in der Zukunft noch schwieriger sein als bisher, da gelte es, die Organisationskraft weiter auszubauen, so daß sie diesen Kämpfen gerüstet gegenüber stehe. (Zustimmung.)

Den Kassenbericht gab Friedmann-Hamburg, der betont, daß der Verband mit dem Abschluß der Kasse zufrieden sein könne. Die wichtigsten Zahlen haben wir bereits gebracht.

Nach dem Revisionsbericht wurden Kasse und Bücher bei den Revisionen in Ordnung befunden.

Den Bericht über das Sachblatt erstattet Redakteur Weidler-Hamburg. Er machte Vorschläge über die weitere Ausgestaltung des Verbandsorgans und gibt Mitteilungen bezüglich der Mitarbeit der Kollegen am Fachblatt.

Während der Ausführungen Weidlers erschien Bebel, der von der Versammlung stürmisch begrüßt wurde. Vorsitzender Altmann drückt seine Freude über das Erscheinen Bebels aus. Er erinnert daran, daß Bebel dem Verband in seiner schwierigen Zeit tatkräftig zur Seite gestanden hat, indem er insbesondere das Material über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Bäckereien zusammengestellt und in seiner bekannten Broschüre: „Der Lage der Arbeiter in den Bäckereien“ besprochen hat. Die Broschüre hätte die Öffentlichkeit aufgeschreckt und Bebel habe sich durch die Veröffentlichung ein großes Verdienst erworben.

Das Wort ergriß dann Bebel: Ich sage Ihnen für den Empfang meinen herzlichsten Dank. Ich habe von jeher mit besonderem Interesse die Zustände und Verhältnisse in Ihrem Beruf verfolgt. Ich habe ja als Vertreter der Arbeiterpartei die Pflicht, mich speziell mit der Lage derjenigen zu befassen, die in den schlechtesten Verhältnissen leben. Meine Broschüre verurteilte, daß eine Reihe Stadtverwaltungen Untersuchungen über die Verhältnisse in den Bäckereien veranstalteten. Es mußte eingestanden werden, daß die Zustände nicht übertrieben geschlecht, sondern noch schlimmer waren. Und dies veranlaßte dann auch die Reichsregierung einzugreifen. Bebel gab dann seiner besonderen Freude Ausdruck, daß der Verband so gute Fortschritte gemacht hat und gab eine kurze Schilderung der Entwicklung der Gewerkschaften in den Zeiten des Sozialistengesetzes. Trotz der Unterdrückung der Gewerkschaften durch das Sozialistengesetz habe sich die Masse nicht einschütern lassen und immer von neuem organisiert und agitiert, so daß von 1885 ab ein erfreulicher Aufschwung (Reinigungsarbeiten) erzielt worden sei. Ich glaube — so schloß Bebel — Sie können nicht nur mit großer Genehmigung auf die letzten 25 Jahre zurückblicken, sondern Sie können mit noch größeren Hoffnungen der Zukunft entgegensehen. Die internationale Arbeiterbewegung zeigt, wozu der Weg geht. Wir können getrost Mut in die Zukunft schauen, da die Zahl der organisierten Arbeiter immer größer wird. Ich wünsche, daß der Verband immer mehr blühen möge. (Stürmischer Beifall.)

Auf Antrag der Mandatsprüfungskommission werden alle Mandate für gültig erklärt.

Der Verbandstag verläßt sich.

Die Aussperrung im Baugewerbe.

Die Aussperrung dauert fort. Woche für Woche ver- geht — die Arbeiter hungern und warten. Mit einer bewundernswerten Ruhe harren sie in ihrem Kampfe aus. Das ist ein Heldennut, den keine militärische Zucht, kein eingedrillter und suggerierter Patriotismus schaffen können, der nur erzeugt wird durch die Einsicht des einzelnen, daß es sich um seine eigene Sache handle und daß diese seine eigene Sache zugleich die Sache der Gesamtheit sei. Ohne zu klagen, ohne ihre Stimme zu erheben, ertragen die ausgesperrten Bauarbeiter ihre Leiden. Man sieht sie nicht, man hört sie kaum. Aber weil man sie nicht sieht und kaum hört, beginnt die öffentliche Meinung, sich mit der Tatsache abzufinden, daß sie ausgesperrt sind und hungern müssen. Man beginnt sich an die Aussperrung zu gewöhnen, und an der Ruhe der Bauarbeiter beruhigt sich die Gesellschaft.

Als die großen Zahlen dieser Aussperrung zuerst auf-tamen, erschreckte sie. Aber dann las man sie Tag für Tag in der Zeitung, und man hat sich an sie gewöhnt. Man denkt nicht daran, daß diese (nach den Angaben der Unter-nemer) 187 000 Emsen ebensowiele Menschen sind — Menschen mit fühlenden Herzen und sterbendem Geist; Menschen, an denen andre Menschen hängen, Frauen, Greise und kleine Kinder. Die 187 000 sind darum noch nicht die ganze Zahl. Wie groß ist aber diese? Nach der letzten Berufszählung im Reich vom Jahre 1907 gab es 1,6 Millionen erwerbstätige Arbeiter im Baugewerbe mit 2,2 Millionen Familienangehörigen. Behält man das gleiche Verhältnis für die jetzt Aussperrten, so findet man, daß die Gesamtzahl, also mit Familienangehörigen, weit über 400 000 beträgt. Das ist soviel, als wie die gesamte Bevölkerung einer Großstadt. Das ist die Volks-masse, die nun schon wochenlang dem Hunger ausge-setzt ist. Man denke sich, daß während eines Krieges eine Groß-stadt von 400 000 Einwohnern vom Feinde umzingelt, blockiert und ausgehungert wird, so hat man das Bild der Aussperrung. Kein feindliches Heer ist in Deutsch-land eingedrungen, keine Festungsgeschütze bedrängen die Stadtmauern — und doch sind 400 000 deutsche Volks-ge-nossen dem Hunger ausge-setzt. Soeben rührten sie noch ihre fleißigen Hände und schufen Reichtümer der Gesell-schaft — jetzt müssen sie fastern.

Wo ist nun die vielgerühmte Freiheit, wo die vielge-priefene Gleichberechtigung des Bürgers? Der Arbeiter hat nur die Freiheit, als Sklave zu dienen oder als Rebell zu hungern; seine Gleichberechtigung besteht darin, mit seinesgleichen gleichermäßen zu hungern und zu leiden. Der Tod des Kriegers ist ein Donner- und Flammentod. Aber der Hungertod scheint still wie ein Dieb. Er geht auf leisen Sohlen, er huscht wie ein Schatten, geräuschlos, unbemerkt — aber sein Atem ist Frost, und wo er hin-kommt, werden die Gestirter bleicher, immer bleicher. Es schwindet das Rot auf den Wangen der Kinder und es schwindet das Lächeln ihres Mundes, sie verwelken wie Blumen. In das vergrämte Gesicht der Frau und Mutter legt die Verzweiflung ihre Furchen und hinterläßt diesen Stempel der Not für immer. Trohigen Hauptes buhlet der Proletarier, aber ein fürchterlicher Ingrimm sammelt sich in seiner Seele und leuchtet in der Glut der hohlen Augen. Indessen verbringen die wenigen Großherren des Kapitals, die dieses menschenmörderische Werk geschaffen haben, ihre Ruhe in den Sommerfrischen und genießen das Leben. Ab und zu treten sie zusammen und prüfen die Situation: ob der Mut der Hunnarden nach nicht

nachgelassen habe, ob nicht die dumpfe Verzweiflung sich ihrer bemächtigt, ob der Pulsschlag ihres Herzens noch nicht verstummt sei. Sie zählen die Pfennige, die den Arbeitern noch verblieben sind, messen die Krume Brot, an der der Hungernde nagt. Bald rufen sie triumphierend aus: „Das Ende naht, der Arbeiter verfehlt sein letztes Bestück.“ — dann wieder müssen sie betrübt feststellen, daß die Arbeiter noch immer Mittel finden, ihre darbenbe existenz fortzuführen. Ross Zorn und Ingerim erklären sie: „Wie, noch immer fest, noch immer einige Tropfen Blut in den Adern?“ — und sie sinnen nach Mitteln, den Arbeitern die letzte Krone abzuschnelden, die Würdearbeit des Hungers zu beschleunigen. Darauf begeben sie sich wieder in ihre Sommerfrischen, um die durch den Zorn gereizten Nerven zu beruhigen.

Die öffentliche Meinung, die Stadtvertretungen, die Regierung selbst ermahnen zum Frieden. Mit Hochmut und Verachtung sehen sich die Kapitalprohen darüber hinweg. Ihrer Macht bewußt, der Macht des Kapitals, trohen sie der öffentlichen Meinung. Sie trohen den öffentlichen Gewalten. Sie achten für nichts das Verlangen der Regierung. Kraft ihres Privatgelutums sehen sie ihren Willen durch. Sie bestechen auf ihrem Schein wie Sphind: „Ein Pfund Fleisch nahe des Herzens!“ Und die Autoritäten, die öffentlichen Gewalten, die Regierung müssen weichen und sie gewähren lassen.

Das ist die Gesellschaft in der wir leben — die kapitalistische Weltordnung. Die Arbeiter allein trohen ihr. Sie trohen ihr in diesem Kampf, wie auf allen Wegen. Und sie werden siegen. Dazu aber müssen sie zusammenhalten, alle, ohne Unterschied des Berufs und ohne Unterschied des Geschlechts. Zusammenstehen, wie eine feste Mauer, die ausgesperrten Bauarbeiter in der Mittelhilfe tut not, und es muß geholfen werden!

Unterstützt eure kämpfenden Klassengenossen, die ausgesperrten Bauarbeiter!

Ueber den Verlauf der Einigungsverhandlungen

wird uns authentisch gemeldet:

Die für Dienstag nachmittags in Aussicht genommenen weiteren Verhandlungen unter Leitung der Unparteilichen fanden nicht statt. Die Unparteilichen haben am Montag die Streitpunkte zusammengestellt; am Dienstag haben die Parteien unter sich beraten und am Nachmittage desselben Tages haben die Unparteilichen ihre Vorschläge unterbreitet. Die Arbeiter werden zu diesen Vorschlägen heute Mittwoch, Stellung nehmen. Wann und ob wieder zentrale Verhandlungen stattfinden werden, läßt sich unter diesen Umständen nicht sagen.

Hierzu wissen nun bürgerliche Blätter zu berichten:

Die Einigungsverhandlungen im Bergwerke wurden am Dienstag in einer Sitzung im Reichstagsgebäude zu Ende geführt. Ein positives Ergebnis ist nicht erzielt, jedoch ist ein Hauptvertrag aufgesetzt, zu dem sich die Parteien bis zum 6. Juni beim Reichsamt des Innern zu äußern haben. Im Falle der Annahme haben sofort die örtlichen Verhandlungen zu beginnen, die bis zum 13. Juni abzuschließen sind. Soweit britisch keine Einigung zustande kommt, sollen die Verträge durch ein Schiedsgericht, welches ebenfalls am 13. Juni in Dresden zusammenzutreten würde, endgültig erledigt werden unter Ausschluß einer Berufung. Die Ausperrung ist spätestens am 15. Juni aufzuheben. Die heute getroffenen Schiedsprüche bewegen sich in mittlerer Höhe. Es ist zu erwarten, daß beide Parteien den Vertragsentwurf annehmen.

Die Meldung der bürgerlichen Presse ist natürlich mit Vorsicht aufzunehmen.

Eine außerordentliche Generalversammlung des Deutschen Bauarbeiterverbandes

wird am kommenden Montag in Leipzig abgehalten werden und Stellung nehmen zu den in Berlin gemachten Einigungsvorschlägen.

Gewerkschaftsbewegung.

Ein Jubiläum des Schmiedeverbandes.

Zu den Organisationen, die gegenwärtig auf ein Viertelhundert ihres Bestehens zurückblicken können, zählt auch der Zentralverband der Schmiede. Am 24. und 25. Mai 1885 tagte in Magdeburg ein Kongreß der Wagenbauer, auf dem die Schmiede durch 13 Delegierte vertreten waren. Bei der Frage, gemeinsame oder Berufsorganisation, entschieden sich die Delegierten der Schmiede für die Berufsorganisation. So entstand der Zentralverband der Schmiede, dem allerdings schon lokale Fachvereinigungen und der am 28. Oktober 1878 aufgelöste Verband der deutschen Schmiede vorausgegangen waren. Sein Sitz war Berlin, sein erstes Publikationsorgan die Metallarbeiterzeitung. 1887 wurde auf der hannoverschen Generalversammlung der Sitz des Verbandes nach Hamburg verlegt; im selben Jahre erschien auch als erstes Verbandsorgan der Bruder Schmied. 1889 war die Zahl der Mitglieder auf 1205 in 16 Zahlstellen gewachsen, auch waren jetzt schon mehrere Streiks und Ausperrungen durchgeföhrt worden. Dann aber trat eine Zeit widriger Verhältnisse ein, die Weiterentwicklung blieb aus. Erst auf der Generalversammlung in Bremen 1897 konnte festgestellt werden, daß die Zahl der Mitglieder in den letzten zwei Jahren von 1500 auf 2250 gestiegen war. Ein Antrag, sich mit dem Metallarbeiterverband zu verschmelzen, wurde damals abgelehnt. 1889 war der Verband von 20 Zahlstellen mit 2250 Mitgliedern auf 35 Zahlstellen mit 2950 Mitgliedern gewachsen. Durch die Anstellung eines Beamten, Fr. Lange, war es nun möglich, die Agitation lebhafter zu betreiben und der Ausbau des Unterstützungswesens vervollständigte die Fluktuation. Die weitere rasche Aufwärtsbewegung benötigte weitere Anstellungen und auf der Generalversammlung 1901 in Braunschweig konnte festgestellt werden, daß der Verband in 110 Zahlstellen 6240 Mitglieder zählte. Im Jahre 1900 hatte der Verband 300 Mann im Kampfe mit den Seeschiffswerften stehen, auch hatte er sonst noch viele Kämpfe zu führen gehabt. Konnte dann die Halle'sche Generalversammlung 1903 7484 Mitglieder in 135 Zahlstellen mustern, so die Berliner Generalversammlung drei Jahre später, 1906, 17.191 Mann in 182 Zahlstellen. In Halle war auch der Name des Verbandsorgans geändert worden, der Bruder Schmied wurde mit der Schmiedzeitung vertauscht. 1906 war der Verband stark in die Kämpfe der Formier verwickelt, die ihm schwere finanzielle Opfer auferlegten. Trotzdem wurde ein neuerdings gestellter Antrag, die Verschmelzung mit dem Metallarbeiterverband zu vollziehen, abgelehnt. Auch die Generalversammlung in

Dresden, auf der von Fortschritten des Verbandes nicht berichtet werden konnte, da die wirtschaftliche Depression auch im Schmiedegewerbe mächtig fühlbar geworden war, lehnte den zum wiederholtenmal gestellten Verschmelzungsantrag ab. Erst die diesjährige Generalversammlung in München stimmte im Prinzip der Verschmelzung mit dem Deutschen Metallarbeiterverband zu. Jeder Freund der Entwicklung unserer Gewerkschaftsbewegung wird diesen Beschluß begrüßen, der hoffentlich die Bahn freigemacht hat zur baldigen Vereinigung mit dem Industrieverband. Dann wird der Verband der Schmiede mit dem Bewußtsein zu bestehen aufhören, ein Vierteljahrhundert ehrenvoll an dem Aufbau und der Entwicklung der deutschen Gewerkschaftsbewegung mit gearbeitet zu haben. Dann wird er nicht eingehehen, sondern aufgehen in der durch die wirtschaftliche Entwicklung notwendig gewordenen Organisation auf breiterer Grundlage, dem Industrieverband.

Zum Jubiläumstage hat der Verbandsvorstand eine prächtig ausgestattete Festsnummer der Schmiede-Zeitung herausgegeben, die neben wohlgelegenen Porträts der früheren Leiter und Gründer der Organisation eine Schilderung der Kämpfe und der Geschichte der Organisation enthält. Diese Festsnummer enthält als Beleg einen kleinen Aufsatz vom Genossen A. Bebel als sein Glückwunsch, dem sich ein Artikel: Ein Rückblick, vom Genossen C. Beglen anschließt.

Leipzig und Umgebung.

Ein verfehlter Notstreik

Auf der Gelsdewiese der Leipziger Neuesten Nachrichten rettet ein Friseurgehilfe R. F. herum. Er beklagt sich, daß die Barbiermeister, entgegen dem einstimmigen Beschluß der Innungsverammlung, ihre Geschäfte doch nicht um 1/8 Uhr abends schließen. Sollte denn dem Gehilfen unbekannt sein, daß die Innung seit jeder Beschlässe gefahrt, sich aber nie um deren Durchführung gekümmert hat? — Wenn den Gehilfen an einer Vertilgung der Arbeitsezeit wirklich etwas gelegen ist, dann müssen sie sich unbedingt der Organisation der Friseurgehilfen anschließen. Nur eine kräftige Organisation kann die Meister zur Durchführung und Innehaltung der Innungsbeschlässe zwingen. Abzutreten wird es wohl niemand wagen, daß die Arbeitsezeit der Friseurgehilfen übermäßig lang ist. Verheiratete Gehilfen, sowie solche überhaupt vorhanden sind, können sich ihrer Familie überhaupt nicht widmen. Der von der Organisation angestrebte Achtstundenschluß kann nur durchgeföhrt werden, wenn die Gehilfen ihn selbst erklämpfen, und nebenbei natürlich auch eine bessere Entlohnung.

Die Arbeiterchaft aber kann die Gehilfen in ihrem Bestreben unterstützen, indem sie rechtzeitig die Barbiergehäfte auffucht.

Verband der Friseurgehilfen Deutschlands.
(Zweigverein Leipzig).

Tariffbewegung der Töpfer.

Die Töpfer Leipzig haben in ihrer letzten Versammlung beschlossen, den gegenwärtig gültigen, am 1. August ablaufenden Tarifvertrag den Unternehmern zu kündigen.

Verichtigung. In Nr. 94 der Volkszeitung ist die Firma Müller und Pöhlzig, Brihl 8, L., als Vermittlerin von Arbeitern an vertriebene Firmen genannt worden. Dies bezieht sich auf einen Irrtum. Wir stellen fest, daß genannte Firma sich in keiner Weise um solche Vermittlung bekümmert hat, sondern eine Verwechslung mit einer ähnlich lautenden Lederfirma vorgelegen hat.

Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands
(Zahlstelle Leipzig).

Deutsches Reich.

Der Effekt der Dortmunder Polizeischlacht.

Die Dortmunder Polizei wird mit dem Effekt ihrer Heldentaten zufrieden sein. Bei den Straßenkämpfen der letzten Tage vorlier Woche sind etwa 20 Polizisten verletzt worden; die Zahl der Verletzten aus dem Publikum ist jedoch gar nicht festzustellen. Auf den Wachen sind etwa ein Duzend Verlonen verbunden worden, die durch Hundebisse und Säbelhiebe schwere Verletzungen erlitten haben. Aber noch fortwährend melden sich Verletzte. In den Berichten der bürgerlichen Presse wird gesagt, in den verbliebensten Straßen sei aus den Fenstern mit Blumentöpfen und Flaschen auf die Beamten geworfen worden, sie seien mit Steinen bombardiert und mit Revolvern beschossen worden. Teils beruhen diese Berichte auf Erfindung, teils sind es Aufschauungen, um das unerhörte Vorgehen der Polizei zu rechtfertigen. Festgestellt ist, daß sich in der Menge Spiegel befanden, die aufspiegelten verletzten. Ein Kerl forderte direkt auf, ein noch helles Scheusfenster der Firma Hannemann einzuschlagen. Nachher wurde er ertappt in lebhafter Unterhaltung mit Polizeibeamten. Die Aufforderung, den Namen des Berschen festzustellen, wurde von den Beamten zurückgewiesen. Es heißt, daß am Sonnabend abend 16 Personen verhaftet worden sind, die sämtlich wegen Landfriedensbruchs unter Anklage gestellt werden sollen.

Inzwischen scheint die Firma doch des Kampfes müde zu sein, denn sie hat sich zu Verhandlungen bereit erklärt. Die Frau des Firmeninhabers erschien auf der Redaktion der Arbeiterzeitung und ersuchte diese um Vermittlung zur Beilegung der Differenzen. Alle Wünsche sollen berücksichtigt, der Lohn nicht gekürzt und die Ausgesperrten wieder eingestellt werden.

Der Effekt der Polizeischlacht wäre also ein Landfriedensbruchprozess, der wie üblich nicht die Urheber solcher Krawalle, sondern die Opfer der wahren Exzedenten auf Monate und Jahre hinter Kerkermauern wirft.

Ein freisinniger Scharfmacher.

In Gavelberg, Wahlkreis Hagen-Schwelm, waren vierundzwanzig Formier in den Zustand getreten. Daraufhin sperrten die Unternehmer des Kreises sämtliche Gießerarbeiter aus. Heute, am 1. Juni, kommen noch 50 Prozent aller Metallarbeiter des Kreises dazu und in 14 Tagen soll der Rest ausgesperrt werden. Es liegen dann 20-25 000 Arbeiter auf der Straße. Im Kreise hatten nun eine Anzahl Orte Notstandsarbeiten vorbereitet. Dasselbe beantragten die Sozialdemokraten in Hagen. Dabei entpuppte sich aber der freisinnige Oberbürgermeister Reichstädtgeordneter Cuno als der größte Scharfmacher, denn er sagte:

Die Arbeiterführer hätten die Entwicklung auf dem wirtschaftlichen Gebiete nicht erkannt oder den Arbeiter etwas vorgegaukelt. Die Führer müßten wissen, daß ein Streik sofort mit einer allgemeinen Ausperrung beantwortet werden wird. Es drehe sich auch gar nicht um die 24 Formier, sondern die Arbeiterverbände wollten eine Machtprobe hier vornehmen. Die Bewegung sei aus politischen Kalkulationsgründen provoziert.

Mit ebenso scharfen Worten wiesen die Sozialdemokraten die Angriffe auf die Gewerkschaftsführer aller beteiligten Organisationen zurück. Das Vergeßlich der Arbeiter sei so weit entwickelt, Streikarbeit als ehrenlos zurückzuweisen.

Der Antrag, Notstandsarbeiten vorzunehmen, wurde mit 10 gegen 24 Stimmen abgelehnt. Angenommen wurde ein An-

trag, das Hagerer Gewerbegericht zu ersuchen, die Parteien bis zum 3. Juni, vormittags 10 Uhr, zwecks Verhandlungen einzuladen.

So hat der Freisinnsmann Cuno denn wieder aufs neue bewiesen, daß freisinniges Reden und freisinniges Handeln „grundsätzlich“ zweierlei ist.

Das Vorspiel zur Resolution des Buchdruckerarists.

Im nächsten Jahre soll der Tarif, der zwischen den Gehilfen und Unternehmern im Buchdruckgewerbe geschlossen war, einer Revision unterzogen werden. Beschlossen die Vertreter der Gehilfen noch vor wenigen Tagen auf ihrer Generalversammlung, daß „der Verband der deutschen Buchdrucker bei seiner alten Haltung und Taktik beharren“ werde, wenn ihm nicht eine andere Stellungnahme angedrängt wird, so nahmen die Unternehmer in entgegengesetztem Sinne Stellung. Sie sprachen es zwar nicht öffentlich aus, jedoch läßt der Beschluß der Hauptversammlung des deutschen Buchdruckervereins (Unternehmerorganisation) keine andere Deutung zu. Die Versammlung, die in Stuttgart stattfand, beschloß nämlich einstimmig: Den Vorstand zu ermächtigen, Verhandlungen über den Beitritt des deutschen Buchdruckervereins zum Bunde der Industriellen zu führen, wobei der Vorstand seinerseits berechtigt sein soll, den korporativen Beitritt im Namen des deutschen Buchdruckervereins zu erklären.

Die jahrelangen Bemühungen der Großindustriellen, die Unternehmer im Buchdruckgewerbe für ihre Scharfmacherpläne zu gewinnen, haben also reichlich Früchte getragen. Mit stehenden Füßen gehen die Unternehmer angeführt der Tarifrevision im nächsten Jahre in das Lager der Scharfmacher über, weil sie „dadurch die Berechtigung erhalten, an den Einrückungen (Unterstützungen) des Bundes der Industriellen teilzunehmen“. Auf diese Weise führen die Unternehmer den Buchdruckern zugleich vor Augen, welche Wirkung die vom Korrespondent inaugurierte Neutralitätspolitik auf sie ausgeübt hat.

Ein korrigiertes Notfennurteil.

Wir teilten seinerzeit mit, daß der Gauleiter Portier vom Maurerverband wegen Verletzung Arbeitswilliger vom Schöffengericht Pforzheim zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt worden war. Das Landgericht Karlsruhe erhöhte diese Strafe auf drei Wochen Gefängnis. Das Oberlandesgericht Karlsruhe hob dieses Urteil auf und verwies die Sache an das Landgericht Karlsruhe zurück. Dieses hat am Sonnabend den Genossen Portier zu acht Tagen Gefängnis verurteilt. Die Strafe ist also um drei Wochen ermäßigt worden.

Lohnbewegung der Holzarbeiter. In Crimmitschau, Glauchau, Meerane und Verbau sind die Bau- und Möbelhändler in eine Lohnbewegung eingetreten. Da die wirtschaftlichen Verhältnisse in genannten Städten die gleichen sind, hat man auch die gleichen Forderungen gestellt. Gefordert wird in der Hauptsache eine Verkürzung der Arbeitszeit von 50 auf 58 Stunden wöchentlich, 5 Pfg. Zuschlag auf die zurzeit bestehenden Stundenlöhne, sowie Lohnausgleich für Verkürzung der Arbeitszeit. Der Mindeststundenlohn soll 40 Pfg. betragen, für jüngere Gehilfen 35 Pfg.; weiter werden gefordert die Regelung der Montagegelder, sowie bessere Bezahlung der Überstunden. Gleichzeitig hat man den Unternehmern mitgeteilt, daß diese Forderungen als Grundlagen zur Schaffung eines Tarifvertrages dienen sollen.

Es wird gebeten, den Zugang von Tischlern und Maschinenarbeitern nach den genannten Städten bis auf weiteres streng fernzuhalten.

Ausperrung der Breslauer Installateure. Die Innung der Breslauer Installateure, Brunnen- und Pumpenbauer will mit aller Gewalt den Gesellenausweis dafür bestimmen, daß die Arbeiter einen von den Innungsmeistern ausgearbeiteten Tarifvertrag anerkennen sollen, andernfalls am 30. Mai die Ausperrung der organisierten Gesellen erfolgen soll. Die Arbeiter lehnten den Tarifentwurf der Innungsleiter ab, der nicht die geringsten Zugeständnisse für die Arbeiter enthält, einstimmig ab. Es kommt also wahrscheinlich zur Ausperrung, von der 280 organisierte Arbeiter betroffen werden. Die großen Firmen haben jedoch den Gesellentarif bereits unterschrieben und sperren nicht aus.

Ausland.

Der Buchdruckerstreik in Ungarn.

Der Ausstand der ungarischen Buchdrucker gewinnt an Ausdehnung. Nach Mitteilungen der Képeszava erstreckt er sich jetzt auf die Orte Grohwarden, Kemesvar, Marosvásárhely, Debreczin, Deva, Neufab, Korbosvársely, Naab, Oedenburg, Eperjes, Tirnan, Nagykaroly, Nagyberek und Kronstadt.

Quittung.

Für die ausgesperrten Bauarbeiter gingen bei uns ein:

Bereits quittiert	6108.70
R. A. aus der D.-Burg Thelka	2.45
Familienausflug des Wandvereins Wahren	4.25
Fibele Regelpartie im Feldschlößchen, Liebertwolkwitz	2.10
Arbeiter der Firma Reilmann, durch H.	7.30
Ausflug, Wein wie Gold, Glangmann in Tröbsdorf	1.80
30. Mai, Parkhäute, für Kunze	—50
21. Mai, Marktplatz, Stadt Leipzig, durch W. Berger	3.75
Schwarzer Peter, Karolabad, Wädern	3.25
Geburtsstagsfeier bei Arnhold, Plagwitz, Gelsdewiese	1.50
Metallarbeiter der Firma Dupfeld	31.80
Wirftent-Permann Hermann	—50
Fidele Hochzeit bei einem ausgesperrten Zimmermann in L.-H.	3.10
Gemütliche Geburtsstagsfeier geliebtester Arbeiter bei J. G., durch L.	1.25
Ein alter Kassauer	1.—
Ueberrausch vom Doppelkopf bei Finzel, durch B. W.	1.50
Schule, Schleisig	4.—
Restaurant Schmölke, St.	1.30
Dr. hat sich am Strang gehängt	2.15
Dr., ein Steinhäger bei Schmölke	1.05
Für Malulatur, durch C. Müller	1.23
Drei nackte Sperlinge	1.40
Fußballspieler aus dem früheren Fußballklub Pertha	2.—
Vertrieb Hartwig, Weicha, 1. Rate, durch Jungmann	50.—
Durch W. Zimmermann, Mugschen	6.82
Ortsgruppe Pögnau	25.—
Ein neuer Wägrer	1.—
Von Wiesern aus der Kronstraße	2.—
Louis Verl., Kontorist	1.—
Singstunde, Freie Sänger, Siling	4.15
Doppelkopfspiel, Klub der Weisschoner, Raterhäute	1.—
Altes Theater, technisches Bühnenpersonal	11.10
Doppelkopf während der Eisenbahnfahrt	1.50
Summa:	6288.25

Leipzig, 1. Juni 1910. Die Expedition.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:
Hermann Müller in Leipzig.
Verantwortlich für den Inseratenteil:
Friedrich Piller in Vorschdorf-Leipzig.
Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Diese Nummer umfaßt 12 Seiten.

Merseburger Biere sind vorzüglich und bestbekömmlich.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Bureau im Volkshaus, Zelter Str. 32, II., 1. 6
Zahlstelle Leipzig
Bureauzeit vorm. 8-12 nachm. 4-8 : Tel. 3407

Tischler-Anschläger. Freitag, 3. Juni, abends 8 Uhr, Branchen-Restaurant. Tagesordnung sehr wichtig. Erscheinen aller Kollegen ist notwendig. Mitgliedsbücher mitbringen. Die neuen Tarife gelangen zur Ausgabe. Die Sektionsleitung.

Morgen Donnerstag: **Seidel-Sänger.**
Hierauf:
Vornehmste Ballmusik des Westens.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pfg.
[10850] **Jean Steppier.**



Turnhalle Lindenau

Freie Turnerschaft L-West. E. V.

Sonntag, den 12. Juni 1910, nachmittags 3 Uhr
Grosses Sommer- u. Kinderfest
Belustigungen für jung und alt.
Abends 7 Uhr: **Grosser Festball.** 5-8 Uhr: **Grossa Aufführungen.**
Festzug der Kinder nachmittags 2 Uhr von Stadt Lützen.
Programme sind in den bekannten Verkaufsstellen zu haben, für Erwachsene 20 Pfg., Kinderkarten 20 Pfg.

Freitag, 3. Juni abends 7 1/2 Uhr **Mitglieder-Versammlung.** Tagesordnung: Kreis-Turnfest und Allgemeines. Der Turarat.

Metallarbeiter-Verband.

Geschäftsstelle Volkshaus Zelter Str. 32 Portal rechts, I.
Bureauzeit vorm. 8-9 Uhr, mitt. 12-1, abds. 5-8 Uhr.
Telephon 3784.

Güldne Aue, Sellenhausen

Morgen Donnerstag, abends 8 Uhr:
Großes Familien-Frei-Konzert.
Bestgepflegte Getränke. Vorzügliche Küche. — Hermann Nacke. [*]

Bären-Schänke Empf. m. Totalität m. Gesellschafts- u. ff. Biere u. Speisen (tägl. Spezialger.).
Nikolaistr. 15. Tel. 2765 * **Ergebnis Joseph Lippert.**

Versuchen Sie bei mir Ihr

Glück

Ziehung 1. Klasse 158. Königl. Sächs. Lotterie am 15. und 16. Juni

Eile tut not

Leipzig **J. G. Herrmann** Lindenau
Kohlstr. 4 Rad.-Sack-Str. 1
[10081*]

Die russischen Kämpfe um Freiheit und Recht.
25 Pfg., schön gebunden 1 Mk.
Volksbuch. Leipzig und Pilsen.

Cheateervorstellungen.

Neues Theater.
Mittwoch, den 1. Juni: 141. Abonnement-Blockstellung (I. Serie, grün):
Phigonia in Kulis.
Oper in 3 Akten. Musik von Chr. N. Gluck. Text von du Royet (Richard Wagner's Bearbeitung).
Sänger b. Aufführung: Dr. Kochensfeld. — Musikal. Leitung: Kapellmeister Engel.
Phigonia: Fr. Mier. — Phylax: Dr. Dlabal.
Alysianna: Fr. Schuber. — Ein Meerführer: Dr. Einbeumer.
Phylax: Dr. Ullrich. — Ein Meerführer: Dr. Hermann.
Nausikaa: Dr. Rale. — Die Göttin Artemis: Fr. Barisch.
Alchos: Dr. Rappert.
Gülden und Meerführer. Verlobung des Nausikaa. Trübsal. Mädchen von Kulis. Frauen der Alysianna und der Phigonia.
Das griechische Lager am Strande von Kulis.
Gruppirungen und Tang der Mädchen arrangiert von der Balletmeisterin Fr. Bronzona.
Saufe nach jedem Akt.
Einloch 7 1/2 Uhr. Anfang 7 Uhr. Ende 10 Uhr. **Alte Opern-Vorstellung.**
Spielplan: Donnerstag: Die Waise. Anfang 7 Uhr.

Altes Theater.
Mittwoch, den 1. Juni, abends 7 1/2 Uhr:
Die Waise.
22 vollständige Vorstellungen zu halben Preisen.
Eine Diebstahlskomödie in 4 Akten von Gerhart Hauptmann.
Regie: Oberregisseur Dalmonico.
v. Bechahn, Amts- Dr. Demme
vorrichter Dr. Fuchs
Arzt, Rentier Dr. Decarli
Doktor Fleischer Edda Meist
Philipp, dessen Sohn Edda Meist
Wotes Dr. Reilmann
Fran Wotes Fr. Fuchs
Grafenab, Amts- Dr. Meiser
schreiber Dr. Meiser
Ort des Geschehens irgendwo um Berlin.
Saufe nach dem 2. Akt.
Einloch 7 Uhr. Anfang 6 1/2 Uhr. Ende gegen 10 Uhr. **Ganze Vorstellung.**
Spielplan: Donnerstag: Die Dollarmetzlerin. Anfang 7 1/2 Uhr.

Cheateervorstellungen.

Vereinigte Leipziger Schauspielhäuser.
Direktion: Anton Hartmann.
Leipziger Schauspielhaus.
Göplienstraße 19.
Som 1. bis 10. Juni:
Geschloffen.
Neues Operetten-Theater.
Central-Theater.
Mittwoch, den 1. Juni, abends 8 Uhr:
Eröffnungsvorstellung der Schauspieler-Gesellschaft des Dr. Paul Einemann (Berlin).
Gastspiel Nina Sandow.
Demimonde.
Komödie in 5 Akten von Alexander Dumas (Sohn).
Regie: Paul Einemann.
Suzanne, Barontin Marguis von Hon-
v'Ange neres
Bicomte von Ver- H. Casper-Sagedorn
niere Sophie, Suzanned
Valence, ihre Nichte Alice Karol
Sophtie, Suzanned
Waceline v. Santis Elisabeth Wille
Nammerfrau
Olybier v. Jolin Max Thomas
Ein Diener bei Olybier Karl Walter
Raymond v. Kanjac Kurt Gerie
Ein Diener bei der
Blomstette Hermann Schö
Der 1. und 2. Akt spielen bei Olybier, der 2. bei der Bicomte, der 3. und 4. bei Suzanne.
Nina Sandow a. G.
Saufe nach dem 2. und 4. Akt.
Anfang 8 Uhr. Ende nach 10 Uhr.
Eröffnungsvorstellung: **Demimonde.** Anfang 8 Uhr.

Krystall-Palast-Theater „Eine Haremsnacht.“

Groteske von Max Farahud.
Inszeniert von Artur Retzbach, Regisseur am Neuen Schauspielhaus Berlin. — Musik von Clemens Schmalstich, Berlin
sowie der gänzlich neue Spielplan.
Anfang 8 Uhr. Gewöhnliche Preise. Dutzendkarten Mk. 5.50.

Krystall-Palast. Theatersaal.

Heute Mittwoch, den 1. Juni, abends 8 1/2 Uhr
Eröffnung der Vaudeville-Saison.
Artistische Leitung: Ferry Körner.

Abenteurer in Marokko!

Burleske in 3 Akten von Pierre Mallin. In Szene gesetzt von Direktor Ferry Körner.
Billette à 3.—, 2.—, 1.50, 1.—, 75 und 50 sind an der Kasse des Krystall-Palastes sowie im Modenhaus Aug. Polloh zu haben.

Rester. Qualitäts-Cigaretten

Zigaretten
größte Auswahl, empfiehlt *
L-Gonowitz
Bernh. Grotkau, Bornalsche St. 36.

Zurückgekehrt vom Grabe unserer lieben Mutter **Frau verw. Springsguth**
sagen wir allen, die ihren Sarg so reich mit Blumen schmückten, unseren herzlichsten Dank. Besonders dank den geehrten Hausbewohnern für ihre Hilfsbereitschaft am Anglistage sowie Herrn Farrer Reinhardt für seine trostreichen Worte am Grabe.
L.-Stützer, 31. Mai 1910.
[10842] Die trauernden Hinterbliebenen.

Für die wohlthuenden Beweise inniger Teilnahme beim Tode unserer innigstgeliebten Tochter und Schwester **Anna Klara Zirpel**
sagen wir allen denen, die ihren Sarg so reich mit Blumen schmückten, unseren herzlichsten Dank. Besonders sagen wir dem Herrn Direktor Peine sowie den Direktorinnen und Kolleginnen des Paktalles der Firma Mey & Eblisch wie auch den Arbeiterinnen und Arbeiterinnen der Deutschen Zelluloidfabrik hierdurch unseren aufrichtigsten Dank.
Plagwitz, den 31. Mai 1910.
[10840] **Aug. Zirpel u. Frau Martha geb. Hoffmann.**

Ortsverein Plagwitz-Lindenau-Schleussig

Sterbetafel
Im Monat Mai verloren wir durch den Tod die Vereinsgenossen
Menzel Wenzel, Arbeiter, Lindenau
August Rössler, Former, Plagwitz
Jos. Schwägerl, Tischler, Plagwitz
Max Böhlig, Gastwirt, Schleussig.
Wir werden ihnen ein ehrendes Andenken bewahren.
[10857] **Der Vorstand.**

Juni 1910 Battenberg. Juni 1910

The Chong Hee Truppe
Chinesische Gaukler
Lotte Leman **Richard Reichert**
Soubrette. Humorist.

Maud Eltons
Hunddressurakt.

D. J. Andre's
Meissener Porzellan-Bilder.

Emil Solbrig's
Pantomime: „A Day out“.
Hartle & Eltra 3 Schwestern Lillput
Reck- und Schwungspektak. Gesangs- und Tanztruppe.

Drawe, Frisco, Hambo
komische Jongleure.
American Biograph, Neue Serie.

Battenberg-Theater
Heute: Abends 8 1/2 Uhr: **Der Vize-Papa.** Schwank in 3 Akten von Arur Richards.
Morgen: Abends 8 1/2 Uhr: **Der Hypochonder.** Lustspiel in 5 Bildern v. G. v. Moser
Vorkauf nummerierter Billette bei Franz Stein, Markt 14, und Paul Pflüger, neben Battenberg.

Kluge Frauen gebrauchen nur meinen neuen, amerikanischen Spillapparat mit Mittelträger. Herzl. empfohlen. Preis 4.50 Mk. **C. Blecher,** Leipzig, Talstraße 27, L. [*]

Begegnung Heberfüllung meines seit 1880 bestehenden [9074*]
Monatsgarderoben-Geschäfts
empfehle eleg. Frühjahrs- resp. Sommer- Paletots, Rod- und Jacketanzüge, Weinkleid, Joppen zu bedeutend herabgesetzten, teilweise bis zur Hälfte der frühl. Preise. Auch werden elegante Fracks, Smoking's sowie Gehrockanzüge verlichen.
J. Kindermann, Salzgaßchen 9, 1.

Gummi-Artikel
z. Woch.- u. Kr.-Pflg., Btteinl., Mutt.-spr., Mutter- u. Kistlerrohre, Leibb., Luftkas., Monatsb., Hlenfong, Mass.-Art., Halskettob. f. Zahn.Kind. Präl. 803 **Auguste Graf, Neumarkt 5.***

Allen Freunden und Bekannten zur traurigen Nachricht, daß heute früh 4 Uhr unser Liebes [10827]
Kurtchen
nach schwerem Leiden verchieden ist.
L.-Lind., 31. Mai 1910.
Kurt Steiniger u. Frau.

Persil

ist das zur Zeit beliebteste überall eingeführte und bestbewährteste **selbsttätige Waschmittel**
von unerreichter Wasch- und Bleichkraft. Kein Reiben, kein Bürsten, kein Waschbrett. Garantiert unschädlich für die Wäsche und vollkommen gefahrlos im Gebrauch!
Millionenfach erprobt! Überall erhältlich.
Alleinige Fabrikanten: **Henkel & Co., Düsseldorf,**
auch der seit 34 Jahren weltbekanntesten
Henkel's Bleich-Soda.

Politische Uebersicht.

Die Kollisionshaft.

Seit Wochen beweint die Presse der deutschen Bourgeoisie bewegt das Schicksal des österreichischen Oberleutnants und Meuchelmörders Hofrichter, der „in einsamer Zelle eingeschlossen grübeln muß, während über sein Schicksal im Gerichtssaal beschlossen wird“.

Gestern stand nun die Frage dieser Kollisionshaft in der Justizkommission des Reichstags zur Beratung. Was taten die Parteien, deren Presse an den Schanden des österreichischen Kriegsrechts so sehr Anstoß nahm?

Zugunsten des Antrags Gröber zogen unsere Genossen ihren Antrag zurück und hielten nur den Antrag aufrecht, im Absatz 1 des § 110 im Falle der Beibehaltung der Kollisionshaft anzufügen, daß die Tatsachen, die die Kollisionsgefahr begründen sollen, unter der Angabe der Beweismittel attestkundig gemacht werden.

Die Regierung beharrte demgegenüber entschieden auf Beibehaltung der Untersuchungshaft wegen Kollisionsgefahr, auch die zeitliche Abgrenzung der Untersuchungshaft wurde von der Regierung abgelehnt.

Das „System Hofrichter“, über das gerade die nationalliberale Presse am lautesten wehklagt, bleibt demnach in verschlechterter Form im Untersuchungssystem des deutschen Strafprozesses erhalten.

Deutsches Reich.

Humanität im Kriege.

Der thüringische Stabs- und Bataillonsarzt Dr. C. Boerner liefert in einer Studie über den Einfluß moderner Kriegswaffen auf den Sanitätsdienst interessante Beiträge zur Geschichte der „Humanisierung“ des Kriegs. Er stellt fest, daß das feindliche Feuer das Kampffeld in vier Kilometer Tiefe gefährdet.

Eine Bemerkung Boerners verdient besondere Beachtung. Bekanntlich hat die internationale Friedenskonferenz im Haag die „Humanisierung“ des Kriegs durch die Ausschließung der Sprenggeschosse kleinen Kalibers bewerkstelligt.

An die Stelle der Kleinkalibrigen, nicht durchschlagenden Kugel, ist die glatt durchschlagende getreten. Diese wurde und wird als Fortschritt in der „Humanisierung“ des Kriegs gefeiert.

auf dem Plage Getöteten ist nämlich infolge des Durchschlagens der Kugel gestiegen.

Die „Humanisierung“ des Kriegs bedeutet also nichts mehr und nichts weniger, als die Verminderung der Zahl der Verkrüppelten und die Erhöhung der Zahl der Getöteten.

Derlet wird diplomatisch.

Vor einigen Tagen ging eine Meldung durch die Presse, nach der die Regierung sich verpflichtet hätte, von Mehranforderungen im neuen Militärgesetz abzusehen.

Da die Verfassung lediglich eine gesetzliche Regelung für die Friedenspräsenzstärke des Heeres vorschreibt, so besteht auch die Möglichkeit, diese nur durch das Staatsgesetz zu bewirken.

Die Deutsche Tageszeitung hat zu dieser Zuschrift nichts zu bemerken. Alles verstehen heißt alles verzeihen, und wenn man die Wähler so besser dillieren kann, haben die Junker selbst gegen einen Ausschub des Quinquennatsgesetzes nichts einzuwenden.

Die Reichsversicherungsordnung.

Die Reichstagskommission zur Vorberatung der Versicherungsordnung hat nach Abschluß der Generaldebatte über die einzurichtenden Versicherungsämter einen von Konservativen, Nationalliberalen und Zentrum gemeinsam gestellten Antrag angenommen.

Die Abstimmung über die Sonderversicherungsämter und die Kostenbedeckung wird in der nächsten Sitzung erfolgen.

Die geprellten Tabakarbeiter.

Am Montag hat abermals eine Konferenz mit den Vertretern der vier Tabakarbeiterverbände wegen Regelung der Unterstufungsfragen der arbeitslosen Tabakarbeiter im Reichsamt stattgefunden.

Die Dinge sind so gekommen, wie es vorauszusehen war: das Reich braucht das Geld und die arbeitslosen Tabakarbeiter, unter denen sich Tausende schwächlicher und kranker Personen befinden, die in andern Berufen kaum Arbeit zu finden vermögen.

unter denen sich Tausende schwächlicher und kranker Personen befinden, die in andern Berufen kaum Arbeit zu finden vermögen. Binnen nun sehen, wie sie dem Hungertode entgehen.

Das parlamentarische Jostillenkabinett

genannt preussisches Herrenhaus, bemühte sich am Dienstag wieder einmal, am letzten Tage seines parlamentarischen Winterschlafes, dem deutschen Volke eine verunglückte Stunde zu bereiten, damit ihm die Zeit der Ferien dieses „hohen Hauses“ nicht allzu lang werde.

Nachdem der Herr Graf sein überwolltes Patriotenherz entleert hatte, nahm der Junker v. Buch das Wort, um über die Freischheit der gewählten Abgeordneten des Reichstags und des preussischen Dreiklassenhauses zu zernern, die, anstatt der hohen Weisheit einer königlichen Staatsregierung ehrsüchtig zu vertrauen, fortgesetzt Erweiterungen ihrer Machtbefugnisse und sogar die Gewährung von Freifahrtkarten fordern.

Wozu wir ihm unser herzlichstes Beileid aussprechen!

Kapitalistische Internationalität und Interkonfessionalität.

An die richtige Adresse hat sich eine Protestversammlung der Berliner Zionistischen Vereinigung gewandt, die Montagabend einberufen wurde, um gegen die Judenaustrweisungen zu protestieren.

Große jüdische Bankiers in Berlin und vielen anderen Orten unterstützen diese Regierung durch Ankauf russischer Papiere. Der Name Mendelssohn ist ein Ehrenname in Israel gewesen.

Die am Schluß der Versammlung angenommene Resolution fordert dann noch naturverweise die jüdische Großfinanz auf, der russischen Regierung jede finanzielle Unterstützung zu versagen.

Berlin, 1. Juni. Im Reichskolonialamt tagte eine Konferenz, die sich mit der Ausgestaltung der funktentelegraphischen Verbindungen in der deutschen Südsee befaßte.

Zur Reichstagsersatzwahl in Frankfurt-Oberrhein gibt die Kreuzzeitung die Parole aus, einen eigenen Kandidaten aufzustellen.

Nur die sozialdemokratische Partei kandidiert in dem Kreise der Genosse Faber.

Liebesgabenpolitik und deutsche Industrie. Gegen die Regierungsentwurf über das Getreideeinfuhrsystem wendet sich der Verband deutscher Müller, indem er darlegt, daß es eine wirtschaftliche Torheit ist, unter Anwendung von Fracht- und Handelsunkosten deutsches Getreide nach dem Auslande zu verkaufen.

Material für die Reichsverbands-Ehrenliste. Der Notar Hubert-Oppenheim, ein bekannter Sozialistenfeind im Wahlkreis Mainz-Oppenheim, ist vor einigen Tagen plötzlich gestorben.

Eine „exemplarische Bestrafung“. Der Leutnant Westphal vom Feldartillerieregiment in Sprottau wurde wegen Soldatenmißhandlung von Kriegsgericht Glogau zu 10 Tagen Stubenarrest (1) verurteilt. Er hatte am 2. Februar einen Kanonier mit dem Kopf gegen die Brust eines Geschützgehenden gestoßen, durch den eine Wunde entstand, die genäht werden mußte. Helm noch hat der Soldat Kopfschmerzen und kann keinen Helm tragen.

Schwere Körperverletzung unter brutalem Mißbrauch der Vorgesetztenmacht — zehn Tage Stubenarrest. Das hochentwickelte Gerechtigkeitsgefühl der militärischen Standesrichter ist, wie man sieht, dem Angeklagten nicht zum Nachteil, wenn er — ein Standesgenosse ist.

Straßenpolitik. Eine Wahlrechtsverschlechterung plant der Magistrat der Stadt Wismar. Er hat der Stadtverordnetenversammlung eine Vorlage zugehen lassen, nach der die Dreiklassenenteilung abgeändert werden soll, und zwar dahin, daß künftig in der ersten Wählerklasse 431 Wähler sind, in der zweiten 1276 und in der dritten 5470. Die Vorlage entspringt der Angst vor der Sozialdemokratie, die jetzt alle Mandate der dritten Klasse inne hat. Die Stadtverordneten bilden sich offenbar ein, daß, wenn sie die Sozialdemokratie möglichst vom Rathaus fernhalten, sie damit überhaupt aus der Welt schaffen zu können.

Kleine politische Nachrichten. Die Ernennung des Ministerialdirektors Schwarzkopff zum Unterstaatssekretär im preussischen Kultusministerium ist vollzogen worden. — Der Lippische Landtag hat beschlossen, einen Wahlreformauschuss einzusetzen, der über die Grundlagen einer Reform des lippischen Landtagswahlrechts verhandeln soll. — Im Wehrausschuss und im Budgetausschuss des Oesterreichischen Reichsrats wurden an den Landesverteidigungsminister Proteste und Anfragen wegen der Entsendung österreichischer Truppen zu den ungarischen Wahlen gerichtet. — Die französische Kammer tritt heute zur ersten Sitzung zusammen. — Nachdem ungefähr 25 amerikanische Eisenbahngesellschaften des mittleren Westens der zwischenstaatlichen Handelskommission Mitteilung gemacht hatten, daß sich die Frachtsätze heute erhöhen würden, entschied die Regierung der Union, einzuschreiten. — Wie der Frankfurter Zeitung aus Kalkutta gemeldet wird, ist gestern nacht in Lahore dem Polizeinspektor auf dem Dach seines Hauses der Schädel gespalten worden.

Oesterreich-Ungarn.

Die „Volksstimme“.

Die Wiener Arbeiterzeitung meldet aus Pragomyd in Galizien:

Auf Befehl des Kriegsministeriums hielt der hiesige Generalstab am 28. d. M. eine mehrstündige Beratung ab, um die Auswahl der nach Ungarn zur Durchführung der Wahl abgehenden Soldaten zu treffen. Schließlich einigte man sich dahin, daß man von den Infanterieregimentern Nr. 10 und Nr. 15 kombinierte Kompanien zusammensetzte — um die Verlässlichkeit bei der Durchführung der Wahl zu sichern. Außerdem ging das hier stationierte Dragonerregiment Nr. 8 nach Ungarn ab. Ein Teil des Infanterieregiments Nr. 43 ging am 28. d. M., eine kombinierte Kompanie des Infanterieregiments Nr. 10 am 29. d. M. um 4 Uhr früh, und vier Kompanien des Infanterieregiments Nr. 10 gingen heute um 4 Uhr früh ab. Ein jeder Soldat bekam außer der Taschenmunition (zehn Patronen) noch hundert scharfe Patronen mit.

Man sieht, die Aufgaben dieser Truppen sind so achtenswert, daß die Seeresleitung sich mit der Auspielung der ausländischen Mannschaften nicht begnügen kann. Sie „kombinierte“ die Kompanien aus verschiedenen Regimentern verschiedener Nationalitäten, um so Verabredungen zu verhindern. Und das ist das „Glück“ im Nationalitätenunglück Oesterreichs!

Dokumentensraub.

Dieser Tage wurden auf Befehl aus Petersburg aus dem finnischen Staatsarchiv in Helsinki alle wichtigen Dokumente des finnischen Staatssekretariats von 1809 bis 1840 nach Petersburg geschafft. Es ist anzunehmen, daß man diese Dokumente, die für die russische Regierung unbenutzbar werden könnten, den Finnen unzugänglich machen will.

Der Galgen.

Vaut den Nachrichten, die in die Tagespresse gedrungen sind, wurden im April 41 Todesurteile gefällt und 18 Personen hingerichtet. Insgesamt wurden vom 1. Januar bis 1. Mai 261 Personen zum Tode verurteilt und nach den unvollständigen Angaben der Presse 91 Personen hingerichtet.

Cürkel.

Der Anstand.

Saloniki, 1. Juni. Ueber Ghilan, Prischina, Prizrend, Apel, Wuskiten und Presdowo wurde der Belagerungszustand verhängt. Einer der gefährlichsten griechischen Bandenführer, Todor, wurde in Elasson gefesselt. — Der Kongress der Partei für Einheit und Fortschritt tritt am 13. Juni zusammen.

Sächsische Angelegenheiten.

Das Kompensationsobjekt für die Schiffsabgaben.

Die sächsische Regierung ist schon längst dem Liebeswerben der preussischen Regierung erlegen und für die Einführung von Schiffsabgaben gewonnen. Der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe, hat sie ihren Widerstand aufgegeben. Es handelt sich jetzt für sie nur darum, das Uebel so wenig fühlbar wie möglich zu machen. Als im letzten Landtage eine Petition verhandelt wurde, die die Regierung um die Unterstreichung des Planes wegen Herstellung einer Schiffsverbindungs von der Elbe und der Saale nach Leipzig ersuchte, wurde völlig gerüchlos über die Sache hinweggegangen, um die Verhandlungen der sächsischen Regierung mit Preußen wegen der Schiffsabgaben nicht zu stören. Es war ein offenes Geheimnis, daß die von Leipzig gewünschte Kanalverbindung als Kompensationsobjekt bei der Frage der Einführung der Schiffsabgaben bestimmt war. Im preussischen Herrenhause ist gestern der letzte dünne Scheiter von diesem öffentlichen Geheimnis gezogen worden. Graf Hohenthal-Dötkau im Merseburger Kreise lenkte die Aufmerksamkeit des Hauses auf das Leipziger Kanalprojekt, das durch die Frage der Schiffsabgaben aktuell geworden sei. Der Junker Hohenthal drückte seine Freude darüber aus, daß die Zustände in Preußen in der Kanalfrage dazu beigetragen hätten, die Gegnerschaft Sachsens gegen die Schiffsabgaben zu brechen. Er beklagte sich aber darüber, daß die Verhandlungen zwischen Preußen und Sachsen zum Abschluß gekommen seien, ohne daß man die in Frage kommenden Grundbesitzer wegen der Einführung des Kanals gehört habe. Das von sächsischer Seite besonders begünstigte Projekt Leipzig-Creppau stößt auf den Widerstand der Junker, ein zweites dagegen, das von der Schiffbarmachung der Luppe ausgeht und die Ansmündung des Kanals nördlich von Merseburg vorzieht, hat den Beifall der Großgrundbesitzer des Merse-

burger Kreises. Der Eisenbahnminister Breitenbach antwortete, daß Preußen bei den Verhandlungen mit Sachsen prinzipiell seine Bereitwilligkeit ausgesprochen habe, eine Kanalverbindung von Leipzig nach der Saale in der Nähe von Creppau zuzulassen, über die Kanaltrasse hätten jedoch noch keinerlei Verhandlungen stattgefunden; es werde jedoch dafür sorgfältig Sorge genommen, daß die Interessen der Provinz Sachsen gewahrt würden. Mit dieser Erklärung des preussischen Verkehrsministers ist von preussischer Seite offiziell die in Sachsen bisher in ein durchsichtiges Dunkel gehüllte Tatsache bestätigt worden, daß mit den Schiffsabgaben Sachsen auch eine Kanalverbindung von Leipzig nach der Saale erhalten wird. Die sächsische Regierung hat nun die Pflicht, aus ihrem mysteriösen Dunkel herauszutreten und dem Lande über den Stand der Schiffsabgaben reinen Wein einzuschütten.

Eine „sächsische“ Staatsaktion.

Unser Zwickauer Parteiblatt meldet aus Plauen:

„Dienstag vormittag kurz vor 9 Uhr erschien Kommissar Bauer, Wachtmeister Hager und zwei Kriminalbeamte im Schillerpark und nahmen im Auftrage der Staatsanwaltschaft in den Bureaus der Maurer und Bauhilfsarbeiter Haus suchung vor. Sie beschlagnahmten acht Streikkontrolllisten, auf welche es allein abgesehen war. Die Polizei und die Staatsanwaltschaft hat sich auf diesem mehr wie außergewöhnlichen Wege ein Adressenverzeichnis der ausgeperrten Bauarbeiter verschafft.“

Und der Grund zu dieser Aktion?

Darüber wird uns geschrieben:

Die Staatsanwaltschaft hat ein Verfahren gegen Unbekannt eingeleitet, weil sich — zwei Mann geprügelt haben und sich gegenseitig nicht einmal kennen. Die Staatsanwaltschaft will nun diese Bekanntschaft auf dem etwas ungewöhnlichen Wege der Listenbeschlagnahme vermitteln. Mit löblichem Eifer widmeten sich die Polizisten ihrer Aufgabe, der Durchsicht sämtlicher Geschäftsräumlichkeiten und Utenstücken des Bauarbeiterbureaus. Bei den Bauhilfsarbeitern glaubte man schließlich entdeckt zu haben, was man brauchte: einige mit Zahlen angefüllte Listen. Von Adressen der Ausgeperrten keine Spur! Zahlen, nichts als trockene Zahlen, mit denen weder die Polizei, noch die Staatsanwaltschaft etwas anfangen kann in dem „Verfahren gegen Unbekannt“! So kam es, daß der kreisende Berg vorläufig ein ganz kleines Mänlein gebar und das imposante Polizeiaufgebot mit wertlos gewordenen Zahlenlisten und sehr gemischten Gefühlen wieder abzog.

Wenn die Polizei und die Gerichte in Sachsen sich zu einer großen Aktion gegen die Arbeiterbewegung aufraffen, kann man immer damit rechnen, daß sie mit einer Blamage für die betreffenden Behörden im besonderen und für die sächsische Polizeiwirtschaft im allgemeinen endet. So wird es auch diesmal wieder kommen.

Vom landwirtschaftlichen Genossenschaftswesen.

er. In Dresden fand gestern der 20. Verbandstag der landwirtschaftlichen Genossenschaften im Königreich Sachsen statt. Nach dem Jahresbericht brachte das abgelaufene Geschäftsjahr einen Zuwachs von 33 Genossenschaften, denen ein Abgang von 7 Genossenschaften gegenübersteht, so daß der Verband Ende 1900 431 Genossenschaften umfaßte. Es gehörten ihm an 2 Zentralgenossenschaften, 70 Darlehens- und Sparkassenvereine, 176 Spar-, Kredit- und Bezugsvereine, 83 Bezugs- und Abzuggenossenschaften, 21 Molkereien, 24 Wasserleitungs-, 9 Drechs-, 2 Elektrizitäts- und 14 sonstige Genossenschaften. Von diesen Genossenschaften bedienen sich 60 Prozent der unbeschränkten und 40 Prozent der beschränkten Haftpflicht als Grundlage. Für die Spar-, Kredit- und Bezugsvereine wird prinzipiell an der unbeschränkten Haftpflicht festgehalten, da die sächsischen Verhältnisse nicht dazu angetan sein sollen, den Einzelmitgliedern der Genossenschaften die Übernahme größerer Geschäftsanteile und großer Postsummen zugunsten. Im Jahre 1900 (für das Jahr 1900 liegen Ziffern noch nicht vor) erzielte 77 Darlehens- und Sparkassenvereine einen Umsatz von 32 Millionen Mark, 133 Spar-, Kredit- und Bezugsvereine einen solchen von 57 000 000 Mark, der Umsatz der 84 Bezugs- und Abzuggenossenschaften betrug 76 und derjenige der 20 Molkereigenossenschaften 40 Millionen Mark. Im Jahre 1900 erreichte der Umsatz der Landesgenossenschaftsstufe die Höhe von 95 Millionen Mark, während sich der Absatz der landwirtschaftlichen Zentralgenossenschaft um reichlich 1 Million Mark auf 8 300 000 Mark erhöhte. Außer dem Weizenabsatz durch die landwirtschaftlichen Genossenschaften, der bereits in die Wege geleitet worden ist, will man nun auch an das Problem der Kartoffelverwertung und der Viehverwertung herangehen. Im übrigen wird über Geldmangel geklagt, da die von der Staatsregierung zur Verfügung gestellten 3 Millionen Mark seit einigen Jahren verbraucht sind, so daß nur die alljährlich zurückbleibenden Tilgungsraten zur Verfügung stehen. Mit Genehmigung wird konstatiert, daß das Jahr 1900 auch dem Reichsverband der landwirtschaftlichen Genossenschaften einen bedeutenden Zuwachs gebracht hat. Es wurden 1018 neue landwirtschaftliche Genossenschaften ins Leben gerufen, so daß es deren Ende 1900 insgesamt 23 302 gab.

Großer Unwille herrschte darüber, daß der Bund der Landwirte in Ballendorf bei Lausitz einen Spar-, Kredit- und Bezugsverein mit beschränkter Haftpflicht ins Leben gerufen, wodurch das für Sachsen festgesetzte Prinzip durchbrochen worden sei. Dabei hat sich der Bund der Landwirte verpflichtet, selbständig in Sachsen keine Genossenschaften zu gründen. Geh. Deconomierat Andrae suchte die Gemüter durch die Erklärung zu beruhigen, daß die Gründung des Ballendorfer Vereins ohne Wissen der Leitung des Bundes der Landwirte erfolgt sei. Im übrigen zeigte der Verlauf der Debatte noch, daß das Bestreben der landwirtschaftlichen Genossenschaften u. a. darauf gerichtet ist, die Lebensmittel weiter zu verteuern. So wurde es lebhaft bedauert, daß die Dresdner Milchverarbeitungsanstalt, eine genossenschaftliche Gründung, nicht allein den Markt in Dresden beherrsche, weil es dadurch unbillig sei, den Milchpreis auf eine „angemessene“ Höhe zu bringen.

Die Orthodoxie und der Religionsunterricht.

Die Weichener Kirchen- und Pastoral-Konferenz nahm nach einem Referat des Leipziger Superintendenten D. Hartung über Konfession und Schule auf Antrag von Pfarrer Klop. Dresden nach längerer Debatte folgende Resolution an:

„Die Weichener Pastoral-Konferenz erachtet es für unbedingt erforderlich, daß die gesamte Schule, insbesondere aber auch der Religionsunterricht ein konfessionelles Gepräge behält, aber ohne Schärfe gegen andere Konfessionen, und sie erachtet es weiter als erforderlich, daß der Religionsunterricht erteilt wird von Lehrern, die vollkommen auf dem Boden des Bekenntnisses der evangelischen Kirche stehen.“

In der Debatte erklärte Superintendent Hartung feststehend eine Reform des Religionsunterrichts für unbedingt notwendig. Diese Reform müsse jedoch von Kirche, Schule und Elternhaus gemeinsam vorgenommen werden. Wenn schon die Eltern des Religionsunterrichts, wie sie von der liberalen Lehrerschaft angestrebt wird, ein zweifelhaftes Ding ist, wie mag da erst die Reform der orthodoxen Geistlichkeit und ihrer Anhänger aussehen!

Die Wohnungsfrage in der Gemeinde.

Vor einiger Zeit hatten unsere Parteigenossen im Stadteigenenrat zu Neyschau eine Interpellation eingebracht, die festgestellt wissen wollte, inwiefern und in welchem Umfang eine Wohnungsnot in Neyschau vorhanden sei und was der Stadtrat zu deren Abhilfe zu tun gedenke. Nach einer eingehenden Begründung dieser Interpellation durch unsere Genossen mußte der Gemeinderat einstimmig anerkennen, daß tatsächlich eine Wohnungsnot vorhanden ist. Man beschloß, den Stadtrat zu beauftragen, die nötigen Schritte zur Abhilfe der Wohnungsnot bald einzuleiten und deren Ergebnis dem Stadteigenenrat zu unterbreiten. Daraufhin wurden Terrainbeschreibungen vorgenommen und ein Bebauungsplan angesetzt, wonach Kleinwohnhäuser nach dem Prinzip des Vereins für Heimatschutz gebaut werden sollen. Jetzt haben nun unsere Genossen einen neuen Antrag eingebracht, der vom Stadtrate verlangt: „Die allmähliche Herstellung gesunder billiger Wohnungen für Arbeiter, Angestellte und andere Einwohner, deren Jahresinkommen unter 3000 Mk. beträgt, ist auf dem hierzu vom Stadteigenenrat bestimmten Gelände und nach der vom Ingenieur Ehvert und Baurat Scharrmann vorgeschlagenen Planung sofort durch die Stadt vorzunehmen und nach Bedürfnis weiterzuführen. Der Antrag stand auf der Tagesordnung der letzten Sitzung des Stadteigenenrates, doch wurde dieser Antrag trotz des Protestes unserer Genossen in geheimer Sitzung verhandelt.“

Sächsische Landtagsabgeordnete in den Ostmarken. In der bürgerlichen Presse liest man: Der Ostmarkenverein veranstaltet vom 5. bis 11. Juni d. J. eine Ostmarkenfahrt durch die Ansiedlungsgebiete in Posen und Westpreußen, zu der er etwa 50 Herren, Parlamentarier aus Sachsen, Süd- und Westdeutschland und einige Vertreter der Presse, eingeladen hat. Aus dem sächsischen Landtage sind eingeladen worden und werden teilnehmen die Herren Präsident Dr. Vogel und die Abgeordneten Dr. Schanz, Peltner, Schmidt, Freiberg, Dr. Wanger, Harter und Singer. — Diese gemischte Gesellschaft aus dem sächsischen Landtage wird sich natürlich pflichtmäßig über unsere gloriose Ostmarkenpolitik begeltern. Weiter hat jedoch wohl die Geschichte keinen Zweck.

Eine falsche Meldung. Dieser Tage wurde gemeldet, daß die fortschrittliche Volkspartei in Sachsen beabsichtige, in Dresden-Neustadt den heutigen Reichstagsabgeordneten für Stettin, Stadtrat Dr. Dohrn, als Kandidaten bei der nächsten Reichstagswahl aufzustellen und dabei auf die Unterstützung der Nationalliberalen rechnen. Nach der Frankfurter Zeitung ist jedoch von einem Plane, Dr. Dohrn in Dresden aufzustellen, nichts bekannt. Mit der Meldung steht übrigens auch eine andere in Widerspruch, wonach die Nationalliberalen beabsichtigen, in Dresden-Neustadt einen Handwerker als Kandidaten aufzustellen.

Dresden. Die letzte Sitzung des Gesamtrats wurde zum erstenmal in der großen Ratsstube des neuen Rathauses abgehalten. Oberbürgermeister Dr. Buntler begrüßte den Rat zu dieser ersten Sitzung und wünschte nach einem Rückblick auf die letzten Jahre und auf den Rathausbau ein erfolgreiches Zusammenarbeiten zum Wohle der Stadt auch im neuen Hause. Namens der Ratsmitglieder dankte Bürgermeister Dr. Kerschmar dem Oberbürgermeister für diese Begrüßung und wünschte ihm unter Zusage weiterer treuer Mitarbeit noch lange Jahre erfolgreicher Führung der Geschäfte des Rates.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Der Eindreicher Chares, der aus einem Dresdner Krankenhaus flüchtig geworden, ist bereits wieder ergriffen worden. Er hatte die letzte Nacht in einer Wagenremise bei Herzogswalde zugebracht. Durch das Tragen der Kleidung des Krankenwärters fiel er dem auf seiner Morgenspatrouille von Wilsdruff nach Grumbach begriffenen Brigadier auf, der den Verdächtigen nach seinen Personalien fragte, die Chares dem Beamten sofort richtig nannte. Bekanntlich hatte er sich bei seiner vorigen Festnahme eine Verletzung des Leibes beigebracht, um nicht ins Gefängnis, sondern ins Krankenhaus zu kommen. Diese noch ungeheilte Verletzung hat zur widerstandsfähigen Ertragung des Verbrechens geführt, der von heftigen Schmerzen geplagt wurde, da sich seit seiner Flucht der Verband, den Chares trug, gelockert hatte und stark mit Blut getränkt worden war. — Beim Transport auf dem Hofe der Chemischen Fabrik v. Heyden in Adelsberg zerbrach ein Ballon mit starker Salpetersäure und lief aus. Um sich vor den entstehenden Dämpfen zu schützen, ließ ein dabei beschäftigter Arbeiter, aufstark im Freien zu bleiben, in einen daneben befindlichen Schuppen, wo sich die Dämpfe ansammelten. Er wurde zwar nach wenigen Minuten herausgeholt, hatte aber während dieser Zeit bereits soviel Salpeterdämpfe eingeatmet, daß er trotz sofortiger ärztlicher Hilfe und Gegenmaßnahmen bald darauf verstarb. — Die Feuerwehr zu Grumbach war am Sonntag von einem Ausfluge nach der Lausitz mit mehreren Landauern auf der Heimfahrt begriffen. Nach der Abfahrt vom Hotel Weißer Stein in Jonsdorf, wo noch einmal Halt gemacht worden war, gingen auf der Straße nach dem Bahnhof Bertsdorf die Pferde des zweiten Gefährtes in rasender Fahrt durch, so daß sie der Aufsicht nicht mehr bündigen konnten. Der Kesselschmiedemeister Joseph Neumann aus Döberdorf saß im ersten Wagen, aus dem er, als die durchgehenden Pferde bemerkt wurden, in der Absicht sprang, die Tiere zum Stehen zu bringen. Beim Abpringen kam Neumann zu Falle, worauf die rasenden Tiere mit dem Wagen über ihn hinweggingen. Neumann erhielt einen schweren Schädelbruch, außerdem einen Bruch des rechten Oberschenkels und andre Verletzungen, denen er erliegen ist. — In Adelsberg stürzte ein Turner des Arbeiterturnvereins in der neubauten Turnhalle beim Hochstehen vom Pferde. Er wurde besinnungslos vom Platze getragen. — In Chemnitz hatte ein zehnjähriges Mädchen, das beim Zubereiten des Mittagessens vermutlich Petroleum ins Feuer geschossen, wodurch die Kanne explodiert ist und die Kleider des Kindes in Brand gesetzt wurden. Das Kind rannte mit den brennenden Kleidern in den neben der Küche befindlichen Laden, woselbst die Mutter beschäftigt war. Diese erstickte die Flammen.

Aus den Nachbargebieten.

Halle. Der in die bekannte Affäre in der Halleischen Maschinenfabrik verwickelte Wegemeister S. hat seinem Leben ein Ende gemacht. Er ist in die Saale gesprungen und dort ertrunken. S. hat bekanntlich ein Geständnis abgelegt und war dann aus der Untersuchungshaft freigelassen worden. Der Eisenhändler Jakob befindet sich noch immer in Untersuchungshaft. Seine Beschwerde gegen den Gerichtsbescheid, ihn trotz Revisionsangebots gefangen zu halten, ist abgelehnt worden.

Eisenach. Der Gemeinderat hat in seiner letzten Sitzung die Vorlage über Gewährung von Ruhegeld an städtische Arbeiter und von Witwen- und Waisengeld an deren Hinterbliebenen angenommen. Die Altersgrenze ist auf 65 Jahre festgesetzt, während die Wartzeit 10 Jahre betragen soll. Der Ruhegeld beträgt nach zehnjähriger Dienstzeit ein Viertel des Lohnes des letzten Jahres und steigt jährlich bis zum Höchst-

Betrag von drei Viertel des Lohnes. Der Mindestbetrag der Rente beträgt 300 M. Wenn der Arbeiter schon eine reichsrechtliche Rente bezieht, so besteht der Ruhestand in einem Zuschuß zu dieser Rente, und zwar in einer Mindesthöhe von 80 Prozent bis zum Höchstbetrag von 150 Proz. der reichsrechtlichen Rente.

Hof. In Zappendorf wurde ein blinder Passagier aus dem Hofers Schnellzug in das Stationsgebäude gebracht. Während der Stationsvorstand noch einmal auf den Bahnhof hin- und zurückging, plünderte der Gauner die Stationskasse und wurde gerade noch gefaßt, als er mit der Beute verschwinden wollte.

Aus der Umgebung.

Zwenkau. Kommunales. In unserer Stadt herrschen in mancher Hinsicht geradezu anarchische Zustände. Jeder Stadtverordnete bürgerlicher Couleur glaubt das Recht zu haben, Sitzungen der Stadtverordneten einberufen zu können. Bereits am 1. Februar 1900, als Herr Schulldirektor Müller das Verbotnis für die Stadtgemeinde über die Aufstellung seiner Person zum Landtagskandidaten mitzuteilen, berief der ehemalige Stadtverordnete Johnson eine Sitzung ein. Für letzten Sonnabend hatte wieder der — jedenfalls vorgeschobene — Stadtverordnete Voigt durch einen Schymann eine Sitzung einberufen lassen, in der zu dem 25 jährigen Stadttratsjubiläum des Herrn Kranz Stellung genommen werden sollte. Infolge der Unfähigkeit wegen Nichterscheinens der Genossen Friedrich und Hähner, wurde die Abstimmung am letzten Sonntag durch ein Zirkular vorgenommen. In dem Zirkular wurde vorgeschlagen, 100 Mark aus Stadtmitteln zu einem Geschenk für Herrn Stadtrat Kranz anlässlich seines am 4. Juni stattfindenden Amtsjubiläums zu bewilligen. Sichtlich werden auch die Stadtverordneten in ihrer Mehrheit mit Ja gestimmt haben. Ueber die Inanspruchnahme der Stadtkasse zu derartigen Geschenken soll hier nicht geurteilt werden, wohl aber über die Art und Weise, wie der Antrag bewilligt wurde. Artikel II, Absatz 3 der Stadtordnung für mittlere und kleine Städte (das Ortsstatut enthält darüber nähere Bestimmungen nicht) besagt: „Die Berufung und Vertagung der Sitzungen des Stadtgemeinderats steht dem Bürgermeister, beziehentlich dessen Stellvertreter zu.“ Das Stadtverordnete ein solches Recht besitzen, steht nirgends geschrieben. Wie Herr Voigt und seine Hintermänner über die gesetzlichen Bestimmungen ohne Bedenken hinweggehen können, ist unverständlich. Entweder haben sie von denselben keine Ahnung, oder sie besitzen ein voll gerichtetes Maß von Kühnheit und Nalotität. Das Vorgehen dieser Herren ist geeignet, weite Bevölkerungsteile aufzureizen, mit dieser Willkürherrschaft ein baldiges Ende zu machen. Rechtskraft hat der „Beschluss“ nicht, da weder der Bürgermeister, noch der Stadtrat die Sitzung berufen hat. Der Bürgermeister wollte auswärts, während letzterer nicht verständigt werden konnte.

Ein ungetreuer Ortskrankenkassenkassierer. Der bei der Gemeinamen Ortskrankenkasse für Zwenkau und Umgegend angestellt gewesene Kassierer Robert Keil hat nach und nach circa 3500 M. unterschlagen. Indessen hat er die unterschlagenen Beiträge auch zum Teil wieder gedeckt, so daß nur ein Fehlbetrag von 776.48 M. zu verzeichnen ist; dieser Fehlbetrag ist wiederum teilweise gedeckt durch die von dem Angeklagten gestellte Kautions von 200 M., die ihm allerdings ebenfalls nicht gehörte, da er sich den zu der Kautions nötigen Betrag geborgt hat. Keil wurde wegen seiner Vergehens zu sechs Monaten Gefängnis und einem Jahr Ehrverlust verurteilt.

Delizisch. Der allgemeine Bürgerverein nahm in einer vorgestern abgehaltenen Versammlung Stellung zur bevorstehenden Stadtverordnetenwahl und beschloß, den Lehrer Richter als Kandidaten aufzustellen.

Schlendrian. Die ausgesperrten Maurer hielten am Sonnabend eine Versammlung ab, in der Genosse Galle über die allgemeine Lage sprach. Beschlossen wurde, die Arbeit beim Unternehmer Sommerlatt in Kursdorf sofort niederzuliegen, da er nicht den tarifmäßigen Lohn zahlt.

Gerichtssaal.

Landgericht.

Die Sensationsjagd der bürgerlichen Zeitungen brachte den Journalisten Wilhelm Uhlig auf die Anklagebank, weil ihm zum Vorwurf gemacht wurde, er habe bei seinen Recherchen sich unbedeutend eine Beamten-eigenschaft beigelegt. Uhlig begab sich am 22. Februar im Auftrage der Redaktion der Leipziger Neuesten Nachrichten in die Wohnung des Werkmeisters Altman in Rodau, Leipziger Straße 171. Er stellte sich Altman vor mit den Worten: „Mein Name ist Uhlig. Ich möchte nur eine kurze Auskunft erbitten über Sommerhagen, der bei Ihnen gewohnt hat.“ (Es ist ein Verbrecher, der seinerzeit als verdächtig des Mordes an den Friedrichschen Eheleuten verhaftet worden war.) Altman erzählte nun, daß er gar nicht bei ihm gewohnt habe, wohl aber dessen Frau. Uhlig hat nun Altman nochmals unterbrochen mit der Bemerkung: „Uns liegt sehr viel daran, daß jeder Tag festgestellt werde, damit sich die Rente schließt.“ Altman fragte nun Uhlig: „In welcher Eigenschaft kommen Sie eigentlich? Sind Sie Detektiv oder Geheimpolizist?“ Nach den Angaben Altman hat Uhlig darauf bejaht, daß er Beamter sei, während Uhlig nur auf die Frage geantwortet haben will: „So etwas Ähnliches.“ Altman nahm nun an, es mit einem Beamten zu tun zu haben, und häubigte ihm auch Teile zweier Briefe von E. ein. Der Angeklagte Uhlig übergab nun der Redaktion das erhaltene Material und nach drei Tagen erschien in der Zeitung ein Artikel über die Anwesenheit, infolgedessen die Behörde eine Hausdurchsuchung bei Altman vornahm.

Das Landgericht sprach Uhlig frei, weil dieser nicht erkannt haben mußte, daß sich bei Altman die Vorstellung festsetzen werde, er habe es wirklich mit einem Beamten zu tun.

Der Journalist ist noch einmal mit einem blauen Auge davon gekommen, was aber die E. M. N. und andre Sensationsblätter nicht abhalten wird, ihre Mitarbeiter auch weiterhin durch Erteilung solcher zweifelhafter Aufträge in Versuchung zu führen.

Reichsgericht.

Mit dem Mansfelder Vergarbeiterstreik hatte sich das Reichsgericht wiederholt zu beschäftigen. Es handelte sich um zwei Urteile der Strafkammer in Eisleben und ein Urteil des Schwurgerichts Halle. Am 7. März fand von der Strafkammer in Eisleben verurteilt worden: der Vergarbeiter Otto Schäfer in Heitstedt wegen Verurteilung und verurteilter Mitterung zu 4 Wochen und Bergmann Willi Wepert aus Heitstedt wegen Widerstandes nach § 111 und Verurteilung (§ 153 der Gew.-O.) zu 6 Wochen Gefängnis. Es handelte sich um die Vorgänge in Heitstedt am 20. Oktober vorigen Jahres. — Auf die Revision der beiden Angeklagten hob das Reichsgericht das Urteil im Schulds- und Strafausspruch auf und verwies die Sache in diesem Umfange an die Strafkammer zurück. Die Aufhebung erfolgte wegen An-

nahme von Idealkonkurrenz zwischen § 240 des Str.-G.-B. und § 153 der Gew.-O.; nach der geltenden Rechtsprechung des Reichsgerichts ist nur § 240 anzuwenden, da der Tatbestand des § 153 der Gew.-O. in jenem aufgeht. — Vom Schwurgericht Halle a. S. sind am 9. Februar verurteilt worden: der Bergmann Ernst Bötzger wegen angeblicher Verurteilung zu 3 Monaten Gefängnis und der Bergmann Paul Schilling wegen gefährlicher Körperverletzung und verurteilter Mitterung zu 3 Monaten Gefängnis. Hier handelte es sich ebenfalls um Vorgänge in Heitstedt am 21. Oktober 1900. Die Sache hatte früher vor der Strafkammer in Eisleben angehängt, diese hatte sich aber für unzuständig erklärt, da sie die Angeklagten für verdächtig hielt, sich zusammengetrotet zu haben, um Gewalttätigkeiten gegen Personen zu begehen. Beide Angeklagten hatten gegen das Urteil Revision eingelegt. Der Reichsanwalt beantragte die Aufhebung des Urteils gegen Schilling, weil die Fragestellung nicht korrekt sei. Das Reichsgericht erkannte jedoch auf Verurteilung der Revision. — Das dritte Urteil endlich betraf den Schumacher und Vergarbeiter Albrecht Bauerlein in Heitstedt, der am 21. Februar von der Strafkammer in Eisleben wegen Widerstandes gegen einen Polizeibeamten und Verurteilung zu einer Woche Gefängnis verurteilt worden ist. Auch hier handelte es sich um Vorgänge am 21. Oktober 1900. Die Revision des Angeklagten wurde vom Reichsgericht verworfen. Ein Hinweis des Angeklagten auf den veränderten rechtlichen Gesichtspunkt sei zwar nicht erfolgt, aber der Angeklagte sei dadurch nicht benachteiligt worden.

Vereine und Versammlungen.

Bau- und Möbelhändler.

In der am 27. Mai im Volkshaus abgehaltenen Mitgliederversammlung hielt Gen. Grenz einen befallig ausgenommenen Vortrag über: Die Bedeutung der Unternehmerverbände für die Arbeiter. Durch die Wahl der Kollegen Nuppert und Veyer in den Bauvorstand macht sich eine Ersatzwahl für beide Kollegen nötig. Ferner liegt ein Antrag der am 24. Mai abgehaltenen Delegiertenversammlung vor, die Sektion aus sieben Mann zu erweitern, um die einzelnen Sektionsmitglieder zu entlasten. Nach lebhafter Aussprache wurde der Antrag einstimmig angenommen. Gewählt wurden die Kollegen Hahn, Jansen, Fiedler und Mikert.

Transportarbeiter.

In der Mitgliederversammlung vom 27. Mai berichtete Kollege Sängeraud über den außerordentlichen Verbandstag zu Hamburg. Der Redner schilderte die Entwicklung des Verbandes seit dem Münchner Verbandstage. Hervorzuheben seien hier vor allem die Zusammenlegung der Kranen- und Arbeitslosenunterstützung in eine Erwerbslosenunterstützung, die Einführung der fakultativen Unterstützungsrichtung sowie die endgültige Regelung des Genossenschaftsstatutes. Die Frage der Schaffung eines eigenen Heimes gehe ihrer Lösung entgegen. 93000 M. seien dem Verbandsvorstande von den Mitgliedschaften zur Verfügung gestellt, und über 80000 Mitglieder hätten sich zur Zahlung des Extrabeitrages verpflichtet. Das vereinbarte Statut, das fast gar keine Neuerungen bringt, ist einstimmig zur Annahme gelangt. Zu bemerken ist hierzu, daß der wöchentliche Beitrag für Klasse I, zu der Leipzig gehört, vom 1. Juli 1910 ab 50 Pfg. beträgt und die Streikfondsmarke wegfällt. Die für Leipzig bestehende Sekretariatsmarke soll bestehen bleiben. Ferner kommt noch hinzu, daß ebenfalls vom 1. Juli 1910 ab auch für die verstorbenen Ehefrau eine Sterbeunterstützung gezahlt wird. Die Verschmelzung mit den Hafen- und Seearbeiterverbänden ist auf dem gemeinsamen Verbandstage einstimmig beschlossen worden. Mit einem Hinweis auf das demnächst erscheinende Protokoll schloß der Berichtstatter seine Ausführungen. Kollege Reber gab dann den Bericht über das Volkshaus. Im großen und ganzen könne man wohl mit dem Stande des Unternehmens zufrieden sein. Pflicht eines jeden Kollegen sei es, das Unternehmen in jeder Weise zu unterstützen. Die Diskussionsredner brachten verschiedene Wünsche und Beschwerden vor. Unter Gewerkschaftlichen wurde ein vom Kollegen Jörn eingebrachter Antrag, 3000 M. aus der Ortskasse zum Bau des eigenen Heimes an den Hauptvorstand abzuführen, nach längerer Diskussion abgelehnt.

Versammlungen im 13. Reichstagswahlkreis.

Der Ortsverein Leipzig-Ost

hielt am 27. Mai eine öffentliche Versammlung für die Wähler des vierten städtischen Landtagswahlkreises ab. Im Saale der Drei Mohren erstattete der Landtagsabgeordnete Genosse Heintz lange Berichte über die Tätigkeit des sächsischen Landtages. Eingangs schilderte er die Zusammenfassung der sächsischen Staatsverwaltung, das Wesen und die Bedeutung der Zweiten und der Ersten Kammer. Die konservative Partei sei als ernsthafter Gegner zu betrachten. Nicht so die Nationalliberalen, die innerlich zerfahren und kraftlos und zum Gespött des Landtages geworden seien. Die Freisinnigen benützten ihre Tätigkeit zu agitatorischen Zwecken. Die Sozialdemokraten hätten ihre Pflicht nach Möglichkeit getan. Das habe viel Anstrengung gekostet in einem Landtage, dessen konservativer Einfluß sich allenthalben geltend machte, wo Rücksicht die Parole zu sein scheine. Wo die Zweite Kammer dem Fortschritt zustimmte, hätten ihn sicher wieder die Erste Kammer und die Regierung gehindert, deren Zustimmung allenthalben vorgeschrieben sei. Den Sozialdemokraten bot sich überreichlich Gelegenheit zur Kritik, bei Beratung der Finanzen, des Kulturbetats, des Vergessenes, des Armenwesens, beim Schulgesetz, bei Wahlrechts-, Steuer- und Koalitionsrechtsangelegenheiten. Wenn der Landtag keine besseren Früchte gezeitigt habe, so habe das nicht an den gewählten Genossen gelegen. Die Hoffnungen für die Zukunft seien nicht groß. Abgesehen vom rückwärtigen Einfluß der Ersten Kammer sei auch die Zweite Kammer des Landtages in ihrer Mehrheit dem Rückschritt zugetan. Einen Einfluß habe aber doch die Sozialdemokratie gehabt, die Beratung der Vorlagen sei seit ihrem Eingreifen intensiver, peinigender geworden. Einer sachgemäßen Prüfung könne sich keine Partei im Landtage mehr entziehen. — Den verstorbenen Genossen Peter Ulrich ehren die Versammelten durch Erheben von den Plätzen.

Der Ortsverein für Rüdernsdorf und Umgegend

hielt am 28. Mai eine Mitgliederversammlung ab. Der Gemeinderatsbericht konnte nicht gegeben werden, da kein Gemeindevorsteher anwesend war, was vom Vorsitzenden scharf gerügt wurde. Unter Vereinsangelegenheiten berichtete der Vorsitzende über die Vorstandswahlen. Dem Genossen Seidel wurde die Zeitungspedition übergeben. Treffs eines Vereinsausfluges wurde beschlossen, sich an den am 11. Juni stattfindenden Ausflug des Radfahrervereins mit anzuschließen; Sammelpunkt ist der Gasthof zum Sandberg, der Abmarsch erfolgt um 8 Uhr. Der Bibliothek wurden einige Bücher überwiesen. Ferner soll noch das Buch: „Aus dem Leben August Vebels“ angeschafft werden. In der nächsten Versammlung am 25. Juni soll ein Vortrag gehalten werden über: Indirekte Steuern. Ausgenommen wurde ein Mitglied.

Der Ortsverein E.-Gohlis

hielt im Restaurant Wöhlshof eine Mitgliederversammlung ab, in der Genosse Lipinski über: Die Reichsversicherungsordnung referierte. Der Referent schilderte die Entwicklung der Arbeiter-Versicherungsgefeßgebung und erläuterte die Verschiedenheiten, die die neue Reichsversicherungsordnung neben einzelnen Verbesserungen nur zuzunehmen der Versicherten bringen würde.

Unter Vereinsangelegenheiten wies der Vorsitzende auf die Protestversammlungen gegen die Verschlechterung der Wahlkreiseinteilung zu den Stadtverordnetenwahlen hin und forderte alle diejenigen, die noch nicht Bürger sind, auf, unverzüglich das Bürgerrecht zu erwerben.

Ortsverein Zwenkau.

Die am 7. Mai fällige Monatsversammlung konnte erst am vergangenen Sonnabend stattfinden. Genosse Müller aus Leipzig-Kleinzschocher hielt einen interessanten Vortrag über den Mehrwert der Arbeit, wobei er durch Aufzeichnungen an einer Wandtafel seine ohnehin sehr klaren Ausführungen noch verständlicher machte. Sonnabend, den 4. Juni, findet die Fortsetzung des Vortrages statt. Neue Mitglieder wurden 13 aufgenommen. Genosse Schwab berichtete ausführlich über die Malfeier. Das Malkomitee wurde entlastet. In die Kinderschutzkommission wurden Rudolf Schwab und Anna Zwoboda gewählt. Dem Antrage des Vorstandes, für ein geeignetes Bibliothekzimmer 20 Mark jährlich zu bewilligen, wurde zugestimmt. Der Termin der Jahresgeneralversammlung wurde auf den 9. Juli festgesetzt.

Kinderschutzkommission.

Zentralkommission:

Aug. Lüttich } Leipzig, Volkshaus, Arbeitersekretariat,
D. Hylan } Mittelportal, II.
R. Ruffel } Leipzig, Volkshaus, Parteisekretariat, Portal
E. Schröber } rechts, Saalgebäude.
Fran Frenzel, E.-Vindenau, Gundorfer Straße 35, I.
Zentralkunststelle für alle Kinderschutzangelegenheiten,
Arbeitersekretariat, Volkshaus, Leipzig, Zeiger Straße 32;
Mittelportal, II.

Beschwerden über Verstöße gegen das Kinderschutzgesetz werden von nachstehenden Vertrauenspersonen entgegengenommen:

Leipzig-Stadt:

Frau Emilie Schröder, Humboldtstraße 29, IV.
Frau Emma Debold, Ragbischstraße 12, II.
Frau Emilie Günther, Weststraße 29, S. II.
Frau May, Lühnowstraße 5, III.
Frau Rüber, Südplatz 2, IV. r.

Norden:

Bezirksvertrauensperson: Justus Schubert, E.-Eutritzsch,
Magdalenenstraße 6a, I.
E.-Eutritzsch: Frau Anna Kurth, Magdalenenstraße 2, I.
E.-Gohlis: Emma Winter, Magdeburger Straße 6.
Martha Streine, St. Privatstraße 21.
Albine Wolff, St. Privatstraße 20, IV.
E.-Möckern: Ida Döppner, Karolastraße 10, IV. I.
E.-Mahren: Max Jakob, Hallische Straße (Konsumverein).
Modau: Max Krieger, Hauptstraße 19, III.
Stahmsen: Gröndling, Nr. 30.
Wiederitzsch: Frau Krone.

Osten:

Bezirksvertrauensperson: Frau Porstl, E.-Sellenhausen,
Schützenhausstraße 2.
E.-Anger: Frau Walter, Lingerstraße 22, I.
E.-Neuschönefeld: Frau Vestner, Volkmarstraße, Kirchstraße 84.
E.-Neustadt: Frau Dennig, Neustadt, Kirchstraße 89.
E.-Reudnitz: Frau Graf, Dresdner Straße 55.
E.-Volkmarstraße: Frau Thalheim, Volkmarstraße, Juliusstr. 2a.
Rauhnhof: Robert Kappelbach, Würzner Straße.
Pannsdorf: Karl Kremer, Paulinenstraße 24.
Schönefeld: Frau Wolken, Dimpfelstraße 35, I. r.

Südosten:

E.-Neureudnitz: Frau Fahr, Karolastraße 5.
E.-Probstheida: Frau Anna Müller, Schulstraße 11, part.
E.-Stötteritz: Frau Maria Böllig, Arnoldstraße 22.
Frau Agnes Schuchardt, Christian-Weiße-Straße 8.
E.-Thonberg: Marie Raundorf, Oststraße 48, Tr. B, III.
Göhren: Albin Reh.
Polzhausen: Karl Pöhner, Körnerstraße.
Liebertsdorf: Mich. Nebel, Seitenstraße 223, I.
Mölkau: Max Rätzer, Stötteritzer Straße 1.
Wahau: Ernst Friedrich, Nr. 30.

Süd:

Bezirksvertrauensperson: Karl Schulz, E.-Connewitz,
Bornaische Straße 15, I.
E.-Connewitz: Frau M. Bösch, Brandstraße 17, I.
E.-Lößnitz: Frau Ebert, Lobditzer Straße 28, II.
Geschwitz bei Röttha: Frau Brandt.
Röttha: Reinhold Müller, Wettinerstraße 254.

Westen:

Bezirksvertrauensperson: Frau Remus, E.-Schleußig,
Blümlerstraße 8.
E.-Kleinzschocher: Frau Kühn, Karolastraße 11, III. I.
E.-Vindenau: Frau Frenzel, Gundorfer Straße 35, I.
Frau Jeller, Bahnamannstraße 18, III.
E.-Plagwitz: Frau Thielemann, Karl-Heine-Straße 63, III.
Frau Reinhardt, Fischeckerstraße 50, IV.
E.-Schleußig: Frau Kirchhof, Blümlerstraße 22, part.
Frau Rood, Körnerstraße 75, III.
Frau Reimling, Brothausstraße 56, IV.
Wösdorf: Rob. Vertram.
Herm. Hensel.
Burghausen: Friedrich Apel, Wienstraße 4.
Großzschocher: Frau Kränkel, Hauptstraße 107.
Krautzschberg: Max Fischecker, Leipziger Straße 61, II.
Lauten: P. Köhler, Nr. 26.
(Diese Liste wird noch weiter ergänzt.)

Wir bitten alle Fälle ungeleglicher Erwerbsarbeit der Kinder, Mißhandlungen, sittliche Gefährdung und dergleichen an diese Genossinnen zu melden. Die Namen der Beschwerdeführer werden diskret behandelt, können also ohne Beforgnis obigen Personen mitgeteilt werden.

Küchenzettel der städtischen Speiseanstalten.

Donnerstag:

Speisenkarte I (Zusammenblatt): Wilderis mit Anfer und Rint.
Speisenkarte II (Zusammenblatt): Kartoffel mit Wiener Würstchen.
Speisenkarte III (Zusammenblatt): Saure Kartoffel mit Schweinefleisch.
Speisenkarte IV (Zusammenblatt): Rindfleisch mit Kartoffeln.
Speisenkarte V (Zusammenblatt): Rindfleisch mit Kartoffeln.
Speisenkarte VI (Zusammenblatt): Reis und Spargel mit Rindfleisch.

Pflege deine Stimme.

Nicht nur im strengen Winter, sondern sogar das ganze Jahr hindurch gebrauchen viele Menschen regelmäßig irgendeine Tablette oder Bonbon, um ihre Stimme zu pflegen, sie vor Katarren zu schützen. Deshalb ist es nicht verwunderlich, dass die in der Schweiz seit 60 Jahren geschätzten **Wybert-Tabletten** auch in Deutschland leichtem Eingang gefunden haben. Denn eine einzige Probe davon zeigt sofort deren einzigartige Wirkung auf die Stimme.

Hustenreiz, Heiserkeit, Verschleimung verschwinden sofort nach deren Gebrauch und soviel steht fest: Wer einmal die angenehmen Eigenschaften der Wybert-Tabletten erprobt hat, wird dieselben nie mehr missen wollen. Wybert-Tabletten sind daher für Sänger, Redner, Redner, Spielleute und alle, die ihre Stimme pflegen wollen, ein unentbehrlicher Begleiter. In Originalschachteln à Mk. 1.— sind dieselben in den Apotheken erhältlich.
Depots in Leipzig: Engel-Apotheke, Markt 12; Albert-Apotheke, Emilienstr. 1; Börsen-Apotheke, Hallische Str. 12; Germania-Apotheke, Fremdenstr. 8; Hirsch-Apotheke, Grimmaischer Steinweg 3; Hof-Apotheke, Hauptstr. 9; Johanna-Apotheke, Gabelsbergerstr. 2; Rastatter-Apotheke, Rastatter Steinweg 27; Sonnen-Apotheke, Südplatz 1; in Anger: Habertus-Apotheke; in Eutritzsch: Anton-Apotheke; in Gohlis: Schiller-Apotheke; in Möckern: Blücher-Apotheke; in Pannsdorf: Apotheke von O. Meyer; in Plagwitz: Sophie-Apotheke; in Reudnitz: Bismarck-Apotheke; in Reudnitz-Thonberg: Schwanen-Apotheke.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 1. Juni.

Geschichtskalender. 1. Juni 1744: Der Pädagog Christian Gottlieb Salmann in Mohrhorn bei Sommerda geboren († 1811).

Sonnenaufgang: 3,40, Sonnenuntergang: 8,10. Mondaufgang: 1,32 vorm., Monduntergang: 11,48 vorm.

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 2. Juni. Bestliche Winde, veränderliche, meist leichte Bewölkung.

Begründung sozialdemokratischer Vorträge.

II.

Es ist begreiflich, daß sich die Hausbesitzerpartei im Stadtparlament allen Bestrebungen aufs wütendste entgegenwirft, die geeignet sind, Aufklärung über das Wohnungswesen zu schaffen.

Die Darlegungen über die Wohnungsproduktion und die Mietsteigerungen in der erwähnten Broschüre sind aber die schärfste Anklage gegen den Rat und die bürgerliche Stadtverordnetenmehrheit wegen der unterlassenen Wohnungspolitik.

Die Wohnungsproduktion im letzten Jahrzehnt ist folgende: 1904 wurden 4767, 1905: 3558, 1906: 2619, 1907: 1977, 1908: 1836, 1909: 1827 Wohnungen geschaffen.

Am nun die Wirkung dieser offensichtlichen ungünstigen Verhältnisse des Leipziger Wohnungsmarktes voll erkennen zu können — heißt es im Bericht — würde es erforderlich sein, den tatsächlichen Bedarf an Wohnungen zu ermitteln, der im Laufe des Jahres vorgelegen hat.

Am nun aber doch einen gewissen Anhalt über den Bedarf an Wohnungen zu gewinnen, benutzt der Bericht die Zahlen über den Wohnungsverbrauch vom 1. November 1908 bis zum 1. November 1909, wie auch die aus den früheren Jahren.

Die Wohnungswirtschaften sind durch die Wohnungsproduktion im letzten Jahre gegen 1908 über 300 Wohnungen zurückgegangen (s. Bericht) und somit den kleinsten Stand seit den Jahren 1891/92 erreicht habe.

Als Grund für den Rückgang des Wohnungsverbrauchs bei der schnellen Bevölkerungsentwicklung Leipzigs wird angegeben, daß es an der Möglichkeit gefehlt hat, geeignete oder preiswerte Wohnungen zu bekommen.

„Es darf — sagt der Bericht selbst — als sicher angenommen werden, daß unter den herrschenden wirtschaftlichen Verhältnissen der Zugang nach Leipzig größer gewesen wäre als der Abzug, wenn es möglich gewesen wäre, unter günstigen Bedingungen Wohnungen zu erhalten.“

Wer verschuldet die Betriebsunfälle? Es ist ein beständiger Teil mancher Unternehmer, für die von ihnen begangenen Fehler andre Leute verantwortlich zu machen, und so ist es denn auch eine stets wiederkehrende Erscheinung, daß die Unternehmer die Schuld an den in ihren Be-

trieben sich ereignenden Betriebsunfällen nicht etwa mangelhaften Schutzvorrichtungen oder übermäßiger Untereile, sondern ganz einfach der Unvorsichtigkeit der Arbeiter beimessen. So töricht wie eine solche Behauptung auch sein mag und so häufig und nachdrücklich sie auch widerlegt werden ist, so finden sich doch immer wieder Leute genug, die diese Behauptung der Unternehmer als zutreffend hinhängen und für ihre Weiterverbreitung sorgen, indes die Unternehmer selbst als diejenigen erscheinen, die eifrigst bemüht seien, für das Wohl der Arbeiter zu wirken und durch musterhafte Betriebsrichtungen Unfälle im Betriebe möglichst fernzuhalten.

Bei der Leipziger Versammlung der Deutschen Buchdrucker-Vereinsgenossenschaft mit am günstigsten. Während nämlich bei allen 66 Vereinsgenossenschaften im Jahre 1907 auf 1000 Vollarbeiter durchschnittlich 0,58 entschädigte Unfälle kommen, ist die entsprechende Ziffer bei der Buchdrucker-Vereinsgenossenschaft nur 0,02 und nur fünf von allen andern Vereinsgenossenschaften weisen eine ähnlich günstige Ziffer auf.

In der Leipziger Versammlung ist nun zwar beschlossen worden, gegen alle die Schutzvorschriften nicht beachtenden Unternehmer Ordnungsgeldstrafen zu verhängen. Der Erfolg, der damit erzielt wird, dürfte, wenn überhaupt von einem Erfolg die Rede sein kann, nicht sehr groß sein.

Der Bericht über die Leipziger Versammlung der Buchdrucker-Vereinsgenossenschaft der beste Beweis dafür ist, daß die Vereinsgenossenschaften durchaus nicht den vollen Schaden erleiden müssen, der den Arbeitern infolge von Betriebsunfällen entstanden ist.

Die Wohnungsproduktion im letzten Jahrzehnt ist folgende: 1904 wurden 4767, 1905: 3558, 1906: 2619, 1907: 1977, 1908: 1836, 1909: 1827 Wohnungen geschaffen.

Am nun die Wirkung dieser offensichtlichen ungünstigen Verhältnisse des Leipziger Wohnungsmarktes voll erkennen zu können — heißt es im Bericht — würde es erforderlich sein, den tatsächlichen Bedarf an Wohnungen zu ermitteln, der im Laufe des Jahres vorgelegen hat.

Am nun aber doch einen gewissen Anhalt über den Bedarf an Wohnungen zu gewinnen, benutzt der Bericht die Zahlen über den Wohnungsverbrauch vom 1. November 1908 bis zum 1. November 1909, wie auch die aus den früheren Jahren.

Die Wohnungswirtschaften sind durch die Wohnungsproduktion im letzten Jahre gegen 1908 über 300 Wohnungen zurückgegangen (s. Bericht) und somit den kleinsten Stand seit den Jahren 1891/92 erreicht habe.

Als Grund für den Rückgang des Wohnungsverbrauchs bei der schnellen Bevölkerungsentwicklung Leipzigs wird angegeben, daß es an der Möglichkeit gefehlt hat, geeignete oder preiswerte Wohnungen zu bekommen.

„Es darf — sagt der Bericht selbst — als sicher angenommen werden, daß unter den herrschenden wirtschaftlichen Verhältnissen der Zugang nach Leipzig größer gewesen wäre als der Abzug, wenn es möglich gewesen wäre, unter günstigen Bedingungen Wohnungen zu erhalten.“

Dieper, schwebt noch immer in Lebensgefahr. Einer der von Morgenstern auf das Mädchen abgegebenen Schüsse hat den Darm durchschleudert und folch gefährliche Verletzungen herbeigeführt, die den Tod zur Folge haben können.

Auf die eigentümliche Behandlung der Schwerverletzten an dem Unglücksabend weist ein Leser der neuesten Nachrichten hin. Er schreibt dem genannten Blatt:

Die Schüsse hörte ich an der Ecke der Wald- und Kienstraße. Auf die kellenden Hilferufe hin eilte ich mit einem Herrn nach der Funkenburgstraße zu und dort aus führte man das schwerverwundete Mädchen, welches noch gehen konnte, und entlegte. Wir wir von den Begleitern des Mädchens hörten, war die Verfolgung des Unholts, der auf einem Fahrrad das Weite suchen wollte, durch eine zufällig des Weges kommende Autodroschke aufgenommen worden.

Wartem der Autofahrer das Mädchen, statt nach der Sanitätswache oder Klinik, nach der Polizeiwache Waldstraße fuhr, konnte nicht festgehalten werden. Genug, als wir an der Wache ankam, fanden wir den Polizeiwachmeister damit beschäftigt, mit der Verwundeten das Protokoll aufzunehmen.

Der Krankswagen kam 40 Minuten nachdem das Mädchen zur Wache gebracht worden war. Sollte der Wachtmeister gestattet, daß die Autodroschke, mit der die Verwundete hingefahren worden war, das Mädchen mit weiter nach dem Krankenhaus führe, was wir mindestens 10 mal erbeten haben, so wäre das Mädchen mindestens 35 Minuten früher den Ärzten übergeben worden.

St. Bureaukratie muß natürlich zuerst befriedigt werden. Dafür leben wir im Polizeistaat.

Strassenbahnverkehr. Zur besseren Regelung des Strassenverkehrs in der Grimmaischen Straße ist die Haltestelle der Leipziger Elektrischen Strassenbahn an der Reichsstrasse (am Schweizerischen Grundstücke) nach dem städtischen Handelshof verlegt worden.

Ermäßigung der Fahrpreise für Arbeiter zum Besuch der Weltausstellung. Die preussische Eisenbahnverwaltung wird vom 1. Juni ab den Arbeitern, die zur Weltausstellung nach Brüssel reisen wollen, eine Fahrpreisermäßigung gewähren.

Der verurteilte Rechtsanwalt. Der frühere Rechtsanwalt Paul Martin Grosse hat in Leipzig ein juristisches Bureau. Wegen einer ihm übertragenen Geschäftsangelegenheit kam er kürzlich zu dem in Dresden wohnenden Genue und brach in dessen Geschäftsladen den Hausfrieden.

Selbstmorde und Unfälle im Mai 1910. Im vorigen Monate wuchsen in unserer Stadt 23 Selbstmorde, 10 Selbstmordversuche und 11 Unglücksfälle mit tödlichem Verlaufe verzeichnet werden.

Zu dem Eifersuchtsdrament im Funkenburgviertel wird noch berichtet: Das Opfer des Mordtats, das Dienstmädchen Auguste

Selbstmordversuch. Um sich das Leben zu nehmen, sprang gestern Abend eine 18-jährige Mädelin aus der Klingentrafen in der Nähe des Ambossischen Bades in die Elster. Das junge Mädchen wurde aber gerettet und später in das Krankenhaus gebracht. Der Beweggrund zu dem übereilten Schritt des Mädchens ist nicht bekannt.

Ein schon lange gefuchter Dieb, der kleinen Kindern auf offener Straße die zum Einkaufen mitgegebenen Geldbeträge abgenommen hat, wurde jetzt von der Kriminalpolizei in der Person eines schon mehrfach bestrafte 10-jährigen Eisendrehers aus L.-Kleinischhofer dingfest gemacht. Dem Diebe konnten nicht weniger als 15 derartiger Diebstahlsfälle nachgewiesen werden.

Ferner gelang es auch der Polizei, den Schwindler zu ermitteln und festzunehmen, der mehrere Kutscherfrauen dadurch um Geld betrog, daß er ihnen vorzuschwindelte, er sei von dem Ehemann der Frauen geschick, dieser brauche augenblicklich einen Geldbetrag, weil er etwas entzwei gefahren habe. Wie sich herausstellte, ist der Schwindler derselbe, der auch von mehreren Personen unter Vorlegung einer Rechnung Geld für Gartenland eingezogen hat, der gar nicht geliefert worden war. Weiter hat der Betrüger auch noch von einer Frau einen Geldbetrag unter der Vorpiegelung erschwindelt, daß deren Mann verhaftet worden sei und in Haft bleiben müsse, wenn nicht sofort Geld geschickt werde. Der Betrüger ist ein 34 Jahre alter Eisendreher aus L.-Vollmarshorst.

83 Fahrraddiebstähle sind im Mai beim Polizeiamt gemeldet worden. Von den gestohlenen Rädern konnten 32 wieder herbeigeführt und den Eigentümern zurückgegeben werden. Es sind 18 Fahrraddiebe zur Verantwortung gezogen worden, von denen 6 auf frischer Tat ergriffen worden sind.

Warnung vor Taschendieben in Badeanstalten. In einer Badeanstalt des Westertals wurden einem Herrn 40 Mk. aus den abgelegten Sachen gestohlen. Trotz der ausdrücklichen Warnung vor Taschendieben, die man allerwärts in den Bädern angebracht findet, hatte er seine Verachtheit nicht an der Kasse hinterlegt.

Das Dreiklassenwahlrecht zum Stadtparlament und die Leipziger Bevölkerung.

In sechs äußerst stark besuchten Volksversammlungen sah gestern Abend die Leipziger Bevölkerung zu Gericht über die vom Rat geplante, partielle Wahlkreiseinteilung, und um die Beseitigung des nun 16 Jahre bestehenden Dreiklassenwahlrechts zu fordern. Alle Versammlungen verliefen glänzend. Auch die kommunalpolitischen Vorgänge finden die nötige Beachtung, wie diese Versammlungen beweisen. Der unerschütterliche Wille, für die Beseitigung des Dreiklassenwahlrechts zu kämpfen und für die Erringung des allgemeinen Wahlrechts zu wirken, kam in der lebhaften Zustimmung zu nachstehender Resolution zum Ausdruck:

Die rasche Entwicklung der großstädtischen Gemeinden bringt mit eiserner Notwendigkeit auf eine demokratische Vertretung der Einwohnerschaft im Gemeindeparlament. Eine solche ist nur durch das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht, unter Anwendung des Proporzverfahrens, möglich. Die Versammelten fordern daher, daß das Dreiklassenwahlrecht, das die Stadtvertretung und -verwaltung einer Handvoll Besitzender ausliefert, bald beseitigt und das 16 Jahre dauernde Unrecht an der Arbeiterbevölkerung auf gemacht werde. Die Versammelten verurteilen es auf schärfste, daß das elendeste aller Wahlsysteme, das Dreiklassenwahlrecht, noch durch die geplante partielle Wahlkreiseinteilung für die Arbeiter verschlechtert werden soll, während für die erste und zweite Wählerklasse ganz Leipzig nur einen Wahlkreis bildet.

Im Volkshaus

referierte der Genosse **Lipinski**. Nichts sei für den Klassenstaat kennzeichnender — so führte der Redner aus — als daß den verschiedenen Bevölkerungsklassen verschiedene öffentliche Rechte verliehen sind. Welches Wahlrecht man auch betrachten möge, überall trete das Bestreben zutage, die Arbeiter mindern Rechte zu erklären. Die Staatsverwaltung fühle sich nur als Vertreterin der Besitzenden. Bei der Aufzählung der Lasten verfahren man aber im umgekehrten Sinne, wer die wenigsten Rechte habe, habe die meisten Lasten zu tragen. Die gleichen Verhältnisse wie im Staat, herrschen auch in den Gemeinden, und doch gelte es hier, allgemeine Interessen zu wahren, wie Ausbau des Schulwesens, des Wohnungswesens und eine ganze Reihe anderer Dinge. Mit 21 Jahren ist der Reichsbürger mündig in privatrechtlicher Beziehung, für das öffentliche Recht aber erst mit 25 Jahren. Die öffentlichen Rechte werden aber am Einkommen bemessen, mag dies nun herkommen, woher es wolle. So wie der Arbeiter im Staat und in der Gemeinde minderen Rechtes erklärt werde, geschähe es auch der Frau, der Arbeiterin. An Beispielen zeigte der Redner, wie die bürgerlichen Parteien die Stadtvertretungen und Verwaltungen zu ihren privaten Zwecken und Interessen benutzten. Sie besetzten die Ämterstellen mit ihren Anhängern, die Erwerbsgesellschaften haben ihre Vertrauensleute in der Gemeindeverwaltung, um die Lieferungen der Stadt zu bekommen, um über Grundstücksverkäufe unterrichtet zu werden usw., es ist also die reinste persönliche Interessentpolitik, die die Besitzenden da treiben. Zugunsten der Unternehmern geht man soweit, wie sich zeigt bei der Interpellation über die Bauarbeiterausperrung gezeigt hat, die städtischen Interessen denen der Unternehmer hintanzusetzen. Die Polizei, die von den städtischen Steuergrößen erhalten werde, fühle sich ganz als Kapitaldienerin, was sich in der Wegweisung von Streikposten zeige. Der Redner bespricht nun ausführlich den Gang, den die Wahlrechtsverschlechterung seit 1883 genommen hat, den Wahlrechtsraub 1894, den Versuch der Verschlechterung 1906 und die jetzige partielle Wahlkreiseinteilung. Zum Schluß rief der Redner die Arbeiterschaft zum Kampfe für die Erringung des allgemeinen Wahlrechts auf. (Lebhafte Beifall.)

In der Diskussion zeigte der Genosse **Feyer** an vielen Beispielen die eigensüchtige Stadtpolitik der bürgerlichen Parteien und erntete für seine zutreffenden Ausführungen lebhaften Beifall. Der Genosse **Wintzer** wünscht, daß es nicht nur bei Wahlrechtsdemonstrationsversammlungen bleibe und die Bewegung dann wieder ablaufe, sondern daß der Kampf bis zum endgültigen Erfolge tatkräftig geführt werde, wie es die Genossin **Luzemburg** in ihren Artikeln darlege.

Mit der Aufforderung zur Bürgerrechtserwerbung, der Erwerbung von Abonnenten für die Volkszeitung und Mitgliederwerbung erfolgte Schluß der Versammlung.

In den Bestendhallen

sprach in vollbesetztem Saale Genosse **Julius Lehmann**. Der Redner hielt zunächst eine gründliche Abrechnung mit den Leipziger Nationalliberalen, die er als den verwachsensten und reaktionärsten Teil der gesamten nationalliberalen Partei bezeichnete. Redner erinnerte an die Petition, die vor mehr als 20 Jahren der ehemalige nationalliberale Reichstagsabgeordnete **Dr. Ferd. Böhm** an die sächsische Regierung richtete, in der um

eine Verschlechterung der Landgemeindeforderung gebeten wurde, um den Arbeitern den Einfluß in den Gemeinden zu rauben, ebenso an die Petition, in der die Leipziger Nationalliberalen im Jahre 1894 um Erhöhung der Bürgerrechts-Erteilung an die Arbeiter ersuchten. Da der Erfüllung dieser letzten Bitte die geltenden gesetzlichen Bestimmungen entgegenstanden, sie aber in Leipzig, das seit den Einverleibungen eine andere politische Konstellation erhalten hatte, fürchteten, von der Sozialdemokratie bei den Stadtverordnetenwahlen besiegt zu werden, führten sie im Handumdrehen das Dreiklassenwahlrecht ein, um sich die Macht zu sichern. Alle Anträge, die seither von den sozialdemokratischen Stadtverordneten auf Verbesserung dieses Wahlrechts gestellt worden sind, wurden von den Nationalliberalen niedergestimmt. Sie betrachteten die Herrschaft in Leipzig als das absolute Recht der bestehenden Klasse. Wie die preussischen Junker an ihrem Landtagswahlrecht, so halten die Leipziger Nationalliberalen fest am Stadtverordneten-Dreiklassenwahlrecht. Freiwillig ist von ihnen nichts zu erwarten. Durch zähen und entschlossenen Kampf wird es aber auch den Leipziger Arbeitern gelingen, sich ein besseres Wahlrecht zu erkämpfen. Ausführlich legte dann der Redner dar, wie der Rat der Stadt durch eine raffinierte Wahlkreiseinteilung das Dreiklassenwahlrecht noch zu verschlechtern bestrebt sei. In wenigen Tagen werde diese Vorlage im Stadtverordnetenrat zur Verhandlung stehen. Die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion — so schloß Redner unter lebhaftem Beifall der Versammlung — wird ihre Pflicht tun, jetzt muß aber auch die Arbeiterschaft durch intensive Agitation und Organisation alles tun, um die nationalliberale Hochburg zu stürzen und ein besseres Wahlrecht herbeizuführen. — In der Diskussion wünscht Genosse **Wock**, daß das Agitationskomitee erwäge, ob nicht ähnliche Mittel, wie sie jetzt von den preussischen Genossen gebraucht würden, angewandt werden könnten. — Nachdem auch der Referent für die Anwendung solcher Mittel eingetreten, wenn erst eine tiefergehende Bewegung unter der Arbeiterschaft entsacht sei, wurde neben der Resolution auch der Antrag **Wock** einstimmig angenommen.

Grüne Schänke.

Ausgehend von der Städteordnung, die den Städten vorschreibt, daß die Hälfte der Stadtverordneten anfällig sein müsse, ihnen im übrigen aber die Ausgestaltung des Wahlrechts überlasse, gab Genosse **Lüttich** ein anschauliches Bild über die Bestimmungen der herrschenden Klasse, die Arbeiter um ihren Einfluß in den Gemeindeparlamenten zu pressen. Ende der sechziger Jahre habe ein Minister die Notwendigkeit einer Vertretung der Arbeiter in den Gemeindeförperschaften anerkannt. Mit der fortgeschrittenen Entwicklung der Arbeiterbewegung habe sich jedoch im Bürgerium die umgekehrte Richtung bemerkbar gemacht. Wo immer die Gefahr bestand, daß die Sozialdemokratie einen größeren Einfluß in einer Gemeindevertretung gewinnen konnte, hatten die Gemeinden das Wahlrecht verschlechtert und dabei stets die Unterstützung der höheren Behörden, des Landtags und der Regierung gefunden. Genosse **Lüttich** erinnert insbesondere an die von Leipzig aus an den Landtag gerichtete Petition um Herabsetzung des Wahlrechtsalters für die Gemeindevähler und die Bindung des Wahlrechts an einen zweijährigen Aufenthalt, einer Anweisung, der der Landtag und die Regierung sofort gefolgt ist. Leipzig machte auch den Anfang mit der Rückwärtsrevision des Wahlrechts durch die Einführung des Dreiklassenwahlrechts. Durch die Einführung des Dreiklassenwahlrechts ist jedoch in Leipzig niemand recht froh geworden. Ramentlich die Nationalliberalen, die Väter dieses Wahlrechts, stehen unter diesem Wahlsystem ständig vor der Gefahr, durch den Mittelstand und die Hausbesitzerorganisation gänzlich ausgeschaltet zu werden. Deshalb hat auch der Rat einmal den Versuch gemacht, das Dreiklassenwahlrecht durch ein Pluralsystem zu ersetzen, ein Versuch, der jedoch auf seiner Seite Unterstützung gefunden hat. Genosse **Lüttich** geht dann ausführlich auf die Wahlkreiseinteilung für die dritte Abteilung ein und zeigt, daß die jetzige Ungerechtigkeit der Wahlvorlage auf Abänderung der Wahlkreiseinteilung, die durch die Eingemeindung verschiedener Gemeinden notwendig geworden ist, noch weiter gesteigert werden soll, so daß der erste und zweite Wahlkreis für immer den bürgerlichen Schichten geschickt bleiben. Gegen eine solche neue Ungerechtigkeit müsse protestiert werden. Heute sei aber auch der Zeitpunkt gekommen, nicht nur gegen die ungerechte Wahlkreiseinteilung, sondern überhaupt gegen das ungerechte Wahlsystem zu protestieren. Die nächsten Stadtverordnetenwahlen müßten vor sich gehen unter der Parole: Weg mit dem Dreiklassenwahlrecht und Einführung des gleichen Wahlrechts für die Gemeindevähler.

Eine Debatte schloß sich an den Instruktionen, mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag nicht. Nach der einstimmigen Annahme der Resolution schloß der Vorsitzende Genosse **Seidel** die gut besuchte Versammlung mit einem Appell zur Agitation für das gleiche Wahlrecht und für die Presse.

Im Schillerschloßchen

sprach Stadtverordneter **Dammes**. Erfreulicherweise nehme das Interesse der Arbeiter an den kommunalen Vorgängen immer mehr zu. Damit aber steige auch die Beforgnis in den Reihen der Bourgeoisie. Diese habe sich nun gegen die schwellende Arbeiterbewegung einen Damm in dem Dreiklassenwahlrecht geschaffen, wodurch es der Arbeiterschaft unmöglich sei, ihre Interessen zu vertreten. Die Arbeiterschaft habe aber ein ganz besonderes Interesse an der Verwaltung der Stadt, selbe sei doch — obenrein als übergroße Mehrheit der Bevölkerung — zu allermeist unter den kommunalen Zuständen. Gerade die Arbeiterschaft habe zum Beispiel das stärkste Interesse an der Ausgestaltung des Schulwesens, der Schule, der Nahrungsmittelkontrolle, des Wohnungswesens und vor allen Dingen an der Ausgestaltung der Arbeiterpolitik. In all diesen Zweigen der Sozialpolitik sei es aber nicht zugunsten der Arbeiter bestellt. Dasselbe Interesse hätte die Arbeiterschaft auch an der Ausgestaltung der Gemeindebetriebe, an der Verpfändung der Straßenbahn usw., dann aber vor allen Dingen an der Gestaltung der kommunalen Steuerpolitik. Unter dem heutigen Wahlsystem sei es aber nicht möglich, eine im Sinne der Arbeiterschaft glänzende Kommunalpolitik zu treiben. Nun konnte obendrein der Rat mit einer neuen Einteilung der Wahlkreise für die dritte Wählerklasse, um die Ergebnisse der Wahlen in dieser Klasse für die Arbeiterschaft noch ungünstiger zu gestalten. Das bestehende Dreiklassenwahlrecht, das 1894 aus Angst vor der Sozialdemokratie an Stelle des damaligen Pluralwahlsystems eingeführt wurde, habe es noch ermöglicht, daß die dritte Klasse von der Arbeiterschaft besetzt wurde. So habe man 1906 versucht, ein Berufswahlrecht einzuführen. Das Unternehmen sei aber an dem zweifelhaften Ergebnis der kommenden Wahlen gescheitert. So bestrebe nun seit 16 Jahren das Dreiklassenwahlrecht, das in der ersten Klasse fünf Prozent der Einwohner im Stadtparlament einräume, weitere 15 Prozent der zweiten Klasse einräumt und den weiteren 80 Prozent, der Arbeiterschaft, das restliche Drittel. Dieses geringe Recht solle nun noch weiter beschnitten werden durch eine feinsausgestellte Wahlkreiseinteilung für die dritte Wählerklasse. Es sei geradezu ein Kunststück, wie man die Kreise zusammengeschnitten habe, damit die Stimmen der einzelnen Wahlbezirke zugunsten der bürgerlichen Klassen summiert werden können. Hier gelte es mit aller Energie gegen diese neueste Verschlechterung anzukämpfen. Dominieren jetzt schon die bürgerlichen Klassen im Stadtverordnetenparlament, so würden die Rechte der Arbeiter noch mehr verringert, wenn durch die neue Wahlkreiseinteilung die Wahl von Sozialdemokraten fernherin unmöglich gemacht wird. Doch dürfe der Kampf nicht nur der Abwehr gelten, sondern es hiesse ihn auf die Erringung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts zu taggen. (Lebhafte Beifall.)

Im Goldenen Stern in L.-König

referierte Genosse **Frenzel**, der hervorhob, daß die Sozialdemokraten von jeher gegen das Klassenwahlrecht und die künstliche Wahlkreiseinteilung protestiert haben. Mit Hilfe dieser Einrichtungen gelang es den Reaktionen, uns vor zwei Jahren vier Sitze zu entreißen. Die bürgerliche Gesellschaft baut darauf, daß auch bei der diesjährigen Wahl ein Teil der Arbeiter nicht zur Wahl geht oder seine Stimme den Reaktionen gibt. Es wäre aber schlimm, wenn auf diese Weise die Reaktion noch gestärkt würde. Es sei notwendig, daß jedermann sich mit der Kommunalpolitik befaßt, das Bürgerrecht erwirbt und zur Wahl geht. Der Redner wendet sich nun in großen Zügen der Tätigkeit der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion zu, hebt hervor, daß sie die indirekten Steuern verhindert hat und daß sie Reformen im Schulwesen verlangt, die auf die Unentgeltlichkeit des Unterrichtes und der Lehrmittel hinauslaufen. Die Armenpflege, so gut gegenüber manchen andern Städten sei auch in Leipzig, müsse so ausgestaltet werden, daß dem Armen, der so viel Nationalreichtum geschaffen, seine Armut nicht zum Verwahrnis gebracht werde. Weiter erwähnt der Redner die von den Sozialdemokraten im Rahmen der Kommune angestrebte Verbesserung der Lage der Arbeiter, die städtische Wohnungspolitik, die Bekämpfung der Mißgriffe in Beziehung auf Ueberlassung der Ausbeute öffentlicher Einrichtungen an das Privatkapital. Auch die Nahrungsmittelkontrolle und den Arbeitsnachweis zog der Redner in den Kreis seiner Betrachtungen, um zu dem Schluß zu kommen, daß die Arbeiter es sich nicht gefallen lassen dürfen, daß die Zahl ihrer Vertreter abermals verringert wird. Deshalb gelte es, einen scharfen Protest gegen die Klassenwahl zu erheben und für die Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts einzutreten. (Lebhafte Beifall.) In der Ansprache wies Genosse **Frenzel** darauf hin, daß infolge des Vorgehens der Sozialdemokraten um auch die städtischen Arbeiter eine Lohnaufbesserung bekommen sollen. Selbst bürgerliche Elemente scheuten vor einer Verstärkung der Reaktionen im Stadtverordnetenkollegium zurück. Es gelte daher, die Bürgerbewegung eifrig zu betreiben, um die durch das Dreiklassenwahlrecht drohende Gefahr der Verminderung unserer Mandate abzuwenden. Es gelte heute auch eine bestimmte Willenserklärung für das allgemeine Wahlrecht in der Kommune zu fassen, die an den in Betracht kommenden Stellen gehört werden müsse.

Im Löwen-Park in Stötteritz

referierte Genosse **Karl Pinkau**. Der Redner ging von der Wahlrechtsverschlechterung in Leipzig im Jahre 1894 aus, wo neben der Wahlkreiseinteilung auch das Dreiklassenwahlrecht eingeführt wurde. Daß es sich auch heute nur um eine neue Wahlkreiseinteilung, so ist doch das Bestreben dasselbe, wie vor 16 Jahren, den Einfluß der arbeitenden Klassen zu brechen. Je mehr sich die Arbeiterschaft rührt, ihre Interessen wahrzunehmen, desto stärker macht sich das Streben der herrschenden Klassen geltend, die Rechte der Arbeiter einzudämmen, das ist nicht nur in Leipzig, sondern in allen Gemeinwesen der Fall. Ueberall sind die herrschenden Klassen bemüht, mit Hilfe ihres numerischen Uebergewichts, ihre eigenen Interessen den Interessen der Allgemeinheit voranzustellen, was um so bedenklicher ist, da die Aufgaben der Gemeindeverwaltungen ganz bedeutend gewachsen sind und die Vertreter über wichtige soziale Dinge zu entscheiden haben, die die große Masse der rechtlos gemachten in erster Linie angehen. Wie notwendig die Wahl von Arbeitervertretern in das Stadtparlament ist, hat das Wirken der sozialdemokratischen Vertreter in den letzten Jahren bewiesen. Gerade in Leipzig hat sich bei den verschiedensten Gelegenheiten gezeigt (Straßenbahnangelegenheit, Gasanstalt, Subventionierung der reichsten Vereine usw.), wie die Vertreter der Besitzenden durch ihre Interessentpolitik die Allgemeinheit empfindlich schädigen. Zwar haben die Arbeitervertreter bei jeder Gelegenheit versucht, durch ihre Kritik und das Gewicht ihrer Stimme den Wünschen der unteren Volksschichten Geltung zu verschaffen, aber gerade diese Kritik ist den Machthabern un bequem gewesen und hat sie zur Verschlechterung des Gemeindevahlrechts veranlaßt. Bis zum Jahre 1883 konnte jeder 21 Jahre alte Gemeindegewerbetätige das Wahlrecht in den Gemeinden in Sachsen ausüben. Als aber einige Sozialdemokraten in die Gemeindevertretungen kamen, wurde auf Anregung der Nationalliberalen das Gemeindevahlrecht verschlechtert, an eine bestimmte Steuerleistung, einen 2-jährigen Aufenthalt und ein Alter von 25 Jahren gebunden. Später wurde noch eine Klasseneinteilung vorgenommen, die den Besitzenden das Uebergewicht sicherte. Den Leipziger Reaktionen war dieses Dreiklassenwahlrecht, durch das 80 Prozent der Einwohner rechtlos gemacht werden, aber noch nicht schlecht genug. Vor zwei Jahren versuchten sie eine weitere Verschlechterung, durch die den Sozialdemokraten die 3. Klasse freigestellt werden sollte. Auch die jetzt geplante neue Wahlkreiseinteilung hat nur den einen Zweck, die Sozialdemokratie zurückzudrängen. Nicht die vom Rat vorgeschlagene „Gleichheit der Wahlkreise“ soll herbeigeführt werden, denn bisher hat man gegen die Ungleichheit der Wahlkreise nicht die geringsten Bedenken gehabt. Das Volk hat aber alle Ursache, gegen die Interessentpolitik der Reaktionen entschieden Front zu machen, um so mehr, da wir in der Hauptsache die Mittel für die Gemeinde aufbringen müssen und in Steuerfragen, Schulangelegenheiten usw. ein gewichtiges Wort mit reden wollen. Wir fordern deswegen eine Erweiterung des Wahlrechts, eine Beseitigung der schändlichen Klasseneinteilung und an die Stelle des jetzigen Unrechts das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht in Verbindung mit der proportionalen Verteilung der Mandate. (Lebhafte Beifall.)

In der Diskussion wies Genosse **Hyffel** auf die Notwendigkeit der Organisation und der Unterstützung der Arbeiterpresse, sowie der Erwerbung des Bürgerrechts hin.

Soziale Rundschau.

Krankenkassenwahl in Freiburg. In Freiburg in Baden hat am Sonntag die Wahl der Vertreter zur Ortskrankenkasse stattgefunden. Der Kampf war sehr heiß, da in Freiburg die christlichen Gewerkschaften dominieren. Die Liste der freien Gewerkschaften erhielt aber 2308 Stimmen, die Liste der christlichen nur 1706 Stimmen, demnach entfallen auf die freien Gewerkschaften 85 Vertreter, auf die christlichen 61 Vertreter.

Bur gefälligen Beachtung!

Unsere verehrten Leser wollen bei Bezahlung der Leipziger Volkszeitung darauf achten, daß auf der Quittung sowohl der Name oder Stempel des Aussträgers, als auch der Name der Abonnenten vermerkt ist. — Bei eventueller Beschwerde über unrichtige Zustellung, die wir direkt an die Expedition richten, wolle man den Namen des Aussträgers mit angeben. Die Expedition.

Arbeiter, Parteigenossen! Gedenkt Eurer kämpfenden Klassengenossen, der ausgesperrten Bauarbeiter!

Feuilleton-Beilage

Leipziger Volkszeitung 1910. Nr. 123

Redakteur: Dr. Gustav Morgenstern

Der kleine Hering.

Märchen von Karl Swob.

Nachdruck verboten.

(Schluß)

31
Nachdruck verboten.
Nachdruck verboten.

„Nachdruck verboten.“

„Nachdruck verboten.“

„Nachdruck verboten.“

„Nachdruck verboten.“

„Nachdruck verboten.“

„Nachdruck verboten.“

„Nachdruck verboten.“

„Nachdruck verboten.“

„Nachdruck verboten.“

„Nachdruck verboten.“

„Nachdruck verboten.“

„Nachdruck verboten.“

„Nachdruck verboten.“

„Nachdruck verboten.“

„Nachdruck verboten.“

„Nachdruck verboten.“

„Nachdruck verboten.“

„Nachdruck verboten.“

„Nachdruck verboten.“

„Nachdruck verboten.“

„Nachdruck verboten.“

„Nachdruck verboten.“

„Nachdruck verboten.“

„Nachdruck verboten.“

„Nachdruck verboten.“

„Nachdruck verboten.“

„Nachdruck verboten.“

„Nachdruck verboten.“

„Nachdruck verboten.“

„Nachdruck verboten.“

„Nachdruck verboten.“

„Nachdruck verboten.“

„Nachdruck verboten.“

„Nachdruck verboten.“

„Nachdruck verboten.“

„Nachdruck verboten.“

„Nachdruck verboten.“

„Nachdruck verboten.“

„Nachdruck verboten.“

„Nachdruck verboten.“

„Nachdruck verboten.“

„Nachdruck verboten.“

„Nachdruck verboten.“

„Nachdruck verboten.“

„Nachdruck verboten.“

„Nachdruck verboten.“

„Nachdruck verboten.“

„Nachdruck verboten.“

„Nachdruck verboten.“

„Nachdruck verboten.“

„Nachdruck verboten.“

„Nachdruck verboten.“

„Nachdruck verboten.“

„Nachdruck verboten.“

„Nachdruck verboten.“

„Nachdruck verboten.“

„Nachdruck verboten.“

„Nachdruck verboten.“

„Nachdruck verboten.“

„Nachdruck verboten.“

„Nachdruck verboten.“

„Nachdruck verboten.“

„Nachdruck verboten.“

„Nachdruck verboten.“

„Nachdruck verboten.“

„Nachdruck verboten.“

„Nachdruck verboten.“

„Nachdruck verboten.“

„Nachdruck verboten.“

„Nachdruck verboten.“

„Nachdruck verboten.“

„Nachdruck verboten.“

„Nachdruck verboten.“

„Nachdruck verboten.“

„Nachdruck verboten.“

„Nachdruck verboten.“

„Nachdruck verboten.“

„Nachdruck verboten.“

„Nachdruck verboten.“

„Nachdruck verboten.“

Sozialistische Reisebriefe.

III.

London, 23. Mai.

„Nachdruck verboten.“

32 * Vergleiche Nr. 13, 14, 25, 26.

Sozialismus in England ist, und zweitens, weil sie durch ihre Tätigkeit den internationalen Typus der sozialdemokratischen Partei seiner Darstellung als irgend eine andere Organisation in England.

Ich weiß freilich sehr wohl, daß in der Wertung der S. D. P. durch die Mehrheit der Genossen vom Festlande und namentlich aus Deutschland in den letzten Jahren ein Umbruch zu ihren Ungunsten eingetreten ist. Lange Zeit hat man sie als die einzige Vertreterin der sozialistischen Arbeiterbewegung in England, im Gegensatz zu dem politisch indifferenten oder reaktionären Trade-Unionismus, betrachtet. Diese Anschauung hat auch zweifellos ziemlich lange mit der Wirklichkeit übereingestimmt. Sie lebte aber noch zu einer Zeit fort, wo dies schon nicht mehr ganz der Fall war, wo sich auch schon außerhalb der S. D. P., in den Gewerkschaften und durch sie, der Sozialismus mächtig regte und betätigte. Und da entdeckte man plötzlich auf dem Kontinent die Arbeiterpartei. Sie erzielte in verhältnismäßig kurzer Zeit politische Erfolge, die der S. D. P. trotz jahrzehntelanger harter Arbeit verwehrt blieben. In der Arbeiterpartei erblickte man fortan die Trägerin der politischen Zukunft des englischen Proletariats, und zugleich erklärte man die Methoden der S. D. P. für veraltet, weil sie erfolglos gewesen seien. Um dieselbe Zeit wurden die Briefe von Marx und Engels an Sorge veröffentlicht, von denen eine Anzahl, die namentlich von Engels herrühren — Marx hat ja die S. D. P. nur im allerersten Stadium ihrer Entwicklung gekannt — überaus abfällige Urteile über die S. D. P. und insbesondere über Hyndman enthielten. Dadurch wurde vielen Genossen eine prächtige Gelegenheit geboten, das Rasiermesser über die S. D. P. mit Marx- und Engels-Blättern zu ziehen. Die deutschensprecherischen Streiche, die der Führer der S. D. P., Genosse Hyndman, bei seiner Kampagne zugunsten der englischen Flottenrüstungen ausführte, gaben dann diesen Geistes die weitere Nahrung und trugen gewiss nicht dazu bei, das internationale Prestige der S. D. P. zu erhöhen. Und als dann endlich die Arbeiterpartei, nachdem sie Genosse Ramsdell dafür ins Zeug gelegt, in den Verband der Internationalen aufgenommen worden war, hatte man überhaupt nur noch eine höchstens hier und da durch die Anerkennung gewisser „liberaler“ Verdienste gemilderte Verachtung für die S. D. P. übrig, und es gehörte in weiten Kreisen ihrer ehemaligen Freunde zum „guten Ton“, sie mit den Worten „Zektierer“ und „Dogmensozialismus“ abzutun.

Man will ich hier weder auf das Gebiet des politischen Korrespondenten der Volkszeitung hinübergreifen und über die Stellung und die Aussichten der S. D. P. und der Arbeiterpartei im politischen Leben Englands orakeln, noch eine historische Biographie schreiben und Erklärung der Stellung von Marx und Engels der S. D. P. und ihren Führern gegenüber versuchen; aber ich würde mich sehr freuen, wenn die Schilderung der Eindrücke, die ich aus der unmittelbaren Anschauung der Verhältnisse und der Personen gewonnen habe, bei den Genossen, die diese Zeilen lesen, denselben Umbruch im Urteil über die S. D. P. herbeiführen würde, der sich bei mir im Laufe der letzten Monate vollzogen hat. Ich möchte diesen Nachvollziehungsversuch der S. D. P. nicht so interpretiert wissen, als ob ich zu der Einsicht gelangt wäre, daß die Fehler in ihrer Taktik nur in der Einbildung ihrer Kritiker beständen oder von ihnen übertrieben worden wären; aber nachdem ich die S. D. P. und die Bedingungen, unter denen sie zu kämpfen hat, näher kennen gelernt habe, sind mir die meisten dieser Fehler so begrifflich geworden, daß sie in meinen Augen ein fast sympathisches Aussehen gewonnen haben. Es soll zum Beispiel nicht geäußert werden, daß der S. D. P. manche sektiererische Charakterzüge anhaften; aber ist eine gewisse Portion von Seltenheiten, zu welchen politischen Dummheiten und taktischen Fehlern es auch gehören mag, nicht begrifflich bei einer Organisation, die mit ihren paar Tausend Mitgliedern sozusagen ganz allein gegen die ungeheure politische Massenindolenz des englischen Volkes für das von ihr mit leidenschaftlicher Begeisterung ergriffene und vertretene revolutionäre Ideal den Kampf zu führen hat? In diesem Falle ist ein gewisser sektiererischer Fanatismus nur die menschliche Reaktion gegen den erdrückenden politischen Konformitätsdruck, der insbesondere die englische Arbeiterklasse charakterisiert. Welcher der S. D. P. ist er, wie die Franzosen sagen, der „Fehler ihrer Tugend“, die Schattenseite ihres revolutionären Idealismus.

Man muß einige Zeit in England gelebt haben, um tun kann zu sein, die erquickende Kraft dieses revolutionären Idealismus wie einen verfliegenden Quell auf sich einwirken lassen und nach Gedächtnis schätzen zu können. Aus der Gefahr hin, von den Bewunderern der berühmten „demokratischen“ Institutionen Englands für einen Paradoxenbeholder gehalten zu werden, wage ich die Behauptung aufzustellen, daß es in der ganzen Welt kein Land gibt, in dem die politischen Einrichtungen, Gedanken und Bewegungen mehr vom Geiste des Konservatismus durchdrungen sind, als in England. Sie können? Jawohl, ich gebe Ihnen zu, die politischen Institutionen sind hier viel „demokratischer“ als in mancher Republik Europas oder Amerika, von dem halb-absolutistischen Deutschland gar nicht erst zu reden; jawohl, der englische Liberalismus ist der kräftigste und radikalste, den es überhaupt gibt, und die englischen Konservativen sind fast in demselben Grade wie die Liberalen und im absoluten Gegensatz zu ihren deutschen Namensgenossen so „fortschrittlich“ wie nur möglich, d. h. bereit, ihre Forderungen und ihre Aktion den verändernden politischen Machtverhältnissen anzupassen und auch der Arbeiterbewegung Konzessionen zu machen; jawohl, nirgends wird den Bewegungen aller Bevölkerungsschichten, einschließlich des Proletariats, noch so viel Spielraum und politische Freiheit gelassen wie in England. Und trotzdem soll es das konservativste Land sein? Nein, nicht t r o d e m, sondern gerade d e s h a l b. Wie das reaktionäre regierte Deutschland heutzutage das Land mit der mächtigsten und zielklarsten sozialrevolutionären Bewegung ist, so ist das demokratisch regierte England das Land, dessen Institutionen am besten darauf eingerichtet sind, jede auf die Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse gerichtete Bewegung unmöglich zu machen. Ich habe seinerzeit in meinem Reisebrief über die Wahlen in England dargelegt, in wie raffiniertester Weise die herrschenden Klassen es hier verstehen, die politische Freiheit und Rechte, die die Arbeiterklasse besitzt, dazu zu benutzen, diese Arbeiterklasse in eine politische und geistige Abhängigkeit von den verschiedenen Schichten der Bourgeoisie zu bringen, die am letzten Ende viel wirksamer ist für die Erhaltung der bürgerlichen Gesellschaft als die bestmögliche in Deutschland geübte Verwirrung dieser Rechte und Freiheiten. Die ganze Organisation des englischen Parlamentarismus ist ein — zwar nicht von einer genialen Intelligenz geschaffenes, aber als das Produkt einer langen geschichtlichen Entwicklung bestehendes und das fast zu vollkommenem — Meisterwerk als Mittel zu diesem Zweck: allen sozialen und politischen Meinungen, einschließlich der des Proletariats, so viel Eigenbohrerfreiheit im Rahmen der bestehenden politischen Organisationsform der konstitutionellen Gesellschaft zu gewähren, daß sie nicht über diesen Rahmen hinauskreben und am Ende sogar eben deswegen an der Erhaltung dieser Gesellschaftsform mitinteressiert werden oder sich zum mindesten willig davon überzeugen lassen, daß sie davon mitinteressiert sind. Das selbe Prinzip, das den englischen Parlamentarismus sozusagen fast beherrscht, tritt dynamisch in der ganzen Wirksamkeit der bürgerlichen Parteien zutage. Deren Bestrebungen sind unterschiedlos auf die Erhaltung der bestehenden bürgerlichen Ordnung gerichtet. Wenn sie in dieser oder in jener Richtung politische Forderungen vornehmen wollen, so geschieht dies nur deshalb, weil sie jede für sich glauben, diese bürgerliche Ordnung dadurch besser zu organisieren und zu befestigen. Wenn sich die englischen Konservativen sowohl wie die Liberalen viel wandlungsfähiger und reformfreundlicher zeigen als die bürgerlichen Parteien in

andern Ländern, so ist der Grund dafür in erster Linie in ihrer durch jahrhundertlange Erfahrung gewonnenen Einsicht zu erblicken, daß das beste Mittel, die Herrschaft der von ihnen vertretenen bestehenden Klassen zu erhalten, ist, ihre Form den gegebenen Machtverhältnissen genau anzupassen, und daß Klugheit, Freiheit und intelligente Reformen ebenso konsequent vorgehen, wie der dumme-brutale Widerstand der Reaktion revolutionierend wirkt. Nur über die Wahl der Mittel, die zu diesem Zweck allen gemeinsamen Zwecken am geeignetsten erscheinen, sind die bürgerlichen Parteien — je nach den Interessen der von jeder Partei vertretenen besonderen Schichten des Bürgeriums — manchmal verschiedener Meinung. Aber gerade die letzte, „friedlichere“ Wendung in der sogenannten Verfassungskrise zeigt mit aller Wünschenswerten Deutlichkeit, daß sie sich sehr wohl dessen bewußt sind, wieweit ihre Meinungsverschiedenheiten zum Ausbruch gebracht werden können, ohne das politisch-soziale System, auf dem sie gemeinsam stehen, in Gefahr zu bringen; das Bewußtsein der bürgerlichen Klassen-solidarität ist in ihnen sehr viel ausgeprägter, als es vom Ausland aus manchmal den Anschein hat, und sie wissen im Notfall um dieser Solidarität willen ihr für die englische Politik so durch und durch charakteristisches Prinzip der Kompromiss- und des Kompromisses, oder richtiger der Kompromissung durch das Kompromiß untereinander mit derselben Wirksamkeit anzuwenden, wie der Arbeiterklasse gegenüber ihr Prinzip der Kompromissung durch die Reform.

Ich stelle mir vor, daß es für deutsche Sozialdemokraten, die nicht vertraut genug sind mit den Praktiken der englischen Bourgeoisie, und denen gegenüber eine so grundverschiedene Taktik angewandt wird, ziemlich schwer ist, sich in diese — übrigens nicht nur für England, sondern bis zu einem gewissen Grade für alle westeuropäischen Länder maßgebende — Gesetzmäßigkeit hineinzudenken. Ich möchte sogar, daß meine kurzgebrachte und schematisierte Schilderung nicht genügt, dem Leser die Erkenntnis des subtilen Wesens dieses „englischen Geistes“ ganz zu erschließen. Aber soviel wird mir doch wohl klar sein, daß der kontinentale Sozialdemokrat, nachdem er eine Zeitlang die Eindrücke des englischen politischen Lebens auf sich hat einwirken lassen, von der Einbildung der absolut scheinenden Stabilität der bürgerlichen Staatsverfassung in England sozusagen erdrückt wird. Die traurigen Folgen dieser Verhältnisse für die englische Arbeiterbewegung sind bekannt genug. Man weiß ja, wieweit man in England noch davon entfernt ist, eine einheitliche, auf ein revolutionäres Ziel hinsteuernde Arbeiterbewegung zu haben. Arbeiterbewegungen gibt es freilich die Menge, aber sie sind zerplittert und auf vereinzelte, unmittelbare Ziele gerichtet. Sie sind nicht durch den Glauben an die Möglichkeit vereinigt, durch gemeinsame und selbständige Willensanstrengung die Klassenverhältnisse umzuwälzen. Diesen revolutionären Glauben und Willen fand ich in einer bewußten, d. h. sozialdemokratischen Gestalt nur bei der S. D. P. — Darum vertritt diese, wenn auch lange nicht die gesamte sozialistische Arbeiterbewegung, so doch ein Element, ohne das diese Arbeiterbewegung es nie zu etwas Wirklichem für ihre Klassenemanzipation bringen kann, das sie dabei ebenso notwendig braucht, wie der Arbeiter der Sauerleins am Vrot, und dessen Vererbung dem ausländischen Sozialisten inmitten der Wüste des englischen Konservatismus und seitdem Realismus in viel unmittelbarer Weise erfährt und erschließt, als die bestbegründeten theoretischen Betrachtungen über die Zukunft der noch nicht zum Sozialismus bekehrten Arbeiterpartei. (Schluß folgt.)

Schauspiel.

Schauspielhausabschied. Die Drei, die gestern im Schauspielhaus Abschied nahmen, taten dem Publikum nicht den Gedanken, Abschied zu halten. Sie haben den Freunden und Preisurteilern weder nach berühmtem Muster erzählt, daß sie Säulen des Schauspielhausensembles gewesen sind, noch Diktoren und Publikum für schätzbare Förderung gedankt. Sie haben schlecht und recht ihre Abschiedsvorstellung abgeleiert, sich für Kränze und Beifall stumm verneigt — und sind ihrer Wege gegangen. Es ist aber doch vielleicht am Plage, einiges zu dieser Abschiedsfeier zu bemerken. Die Drei, die gestern gingen, sind keine starke darstellerische Talente; es sind vor ihnen starker Talente aus dem Ensemble des Schauspielhauses geschieden, und in aller Stille, ohne Abschiedsvorstellung, hat sich kürzlich ein junges Talent, Lisa Braunhoff, erstern, das mehr für die Zukunft verspricht als die Drei als Darsteller zusammen. Aber die Drei dürften wohl gemeinsam, jedes mit demselben Rechte, ein Klagegedicht aufstimmen, das schon mancher angestimmt hat, der dem Schauspielhaus den Abschied lehrte. Sie dürften alle drei sagen, daß sie im Schauspielhausbetrieb nicht genügend gefördert worden sind. Der und jener entnimmt sich vielleicht noch, wie Fräulein Melan bei ihrem ersten Gastspiel nicht bloß durch ihr Wesen, sondern auch durch wohlüberlegtes Spiel den entscheidenden Erfolg errang. Man sah, sie war nicht nur die „Schönheit“, die nun einmal ein Gewinn für jedes Ensemble ist, diese „Schönheit“ ließ sich auch dirigieren, vermagte sich in die Rollen, die für sie die gegebenen waren, hineinzuarbeiten. Mit der Zeit wurde dieser Eindruck schwächer; und mancher, der nur von Fall zu Fall urteilte, urteilte dann bitter und ungerecht. Und dabei lag doch die Sache so, daß diese Schauspielerin, die freilich durch ihr Wesen allein schon zu wirken vermochte, bei ihrer Veranlagung dringend des phantastischen Regisseurs bedurfte, der sie leitete, und diesen Regisseur im Schauspielhaus so gut wie nie fand. Die Kräfte der Dame sind im Schauspielhausbetrieb wohl genügend v e r b r a u c h t, nicht aber in vernünftiger Weise g e b r a u c h t und g e f ö r d e r t worden. Ähnliches gilt für Fräulein Normann auch, die zu den brauchbaren, verwendbaren Kräften gehört, die jedes Theater nötig hat, zu den bravesten Kunsthandwerkerinnen, ohne die kein Betrieb auskommt. Auch hier war Schritt für Schritt das Fehlen vernünftiger artgebender Hilfer zu bemerken, die die ruhenden Kräfte bewegt hätte. Und da kommen wir nun auf den dritten, Herrn Herzig, der gestern auch seine Abschiedsvorstellungen machte. Er ist eine von den Intelligenzen, die, in die Schauspielerei eingekehrt, insofern einiger Meinungen geistiger und körperlicher Natur, die ihnen eine reiche Entwicklung als Darsteller versprechen, auf den Regisseur- und Dramaturgenposten loslösern müssen. Von ihm kann man ja wohl sagen, daß er wenigstens einige Bewegungsfreiheit erhalten und auf seinem eigenen Gebiete ab und zu hat schaffen dürfen. Von einer für einen selbständigen Menschen genügenden Bewegungsfreiheit konnte ja auch in jenem Falle nicht die Rede sein und wird nie die Rede sein können, solange die fleißige nächste Vorkünderin im Schauspielhaus im Grunde mit der althergebrachten System- und Planlosigkeit dominiert. Unter schwierigen Verhältnissen hat aber Herr Herzig — wir haben es zuletzt beim Wasserbauungsprojekt — doch den Beweis liefern können, daß in ihm ein reiches, anregendes Regietalent ruht, das Arbeitsgelegenheit zu finden verdient.

Herr Direktor Hartmann gehört zu denen, die sich eifrig vor der Zeit um den Stadttheaterdirektorposten bemühen; angesichts des letzten Schauspielhausjahres müßten wir wünschen, er lege sich weniger auf Theaterbetriebe um, zu deren Leitung er doch nicht berufen ist, und lege mehr darauf, daß in seinen Schauspielhausbetrieb Plan und Ordnung kommt und die Kräfte, die ihm immer wieder zufließen, zu ihrem Rechte gelangen. Es ist, so wie das Schauspielhaus geleitet wird, kein Wunder, daß die Arbeiterfreunde und das frische, fröhliche Schaffen in diesem Theater, von dem wir einst so viel erhofften, nicht recht gedeihen wollen. Die geistige Klümmungslose Abschiedsvorstellung erinnerte stärker, als es Anklagenreden hätten tun können, an die Gründe der Schaffensstumpfheit.

La Mara, Musikalische Studienköpfe. Dritter Band. Siebente umgearbeitete Ausgabe. Leipzig, Breitkopf u. Härtel. Preis gebunden 5 Mk., gebunden 5 Mk. — La Mara (Pseudonym für Marie Euphonia) hat sich in der Hauptsache durch die Herausgabe der Briefe von und an Elise bekannt und damit entschieden auch verdient gemacht. In ihrer unschätzbaren Folge musikalischer Studienköpfe stellt sie sich eine Aufgabe, der sie nicht gewachsen ist. Man muß das nachdrücklich betonen, sobald man nur halbwegs einen Begriff von der Bedeutung dieser Aufgabe hat. Es ist eine Arbeit, würdig der ernstesten Anstrengung eines überlegenen Kopfes, dem breiten Lesepublikum, das nicht in der Lage ist, sich durch eingehenderes Selbststudium zu unterrichten, in Form verhältnismäßig kurzer Essays Wesen, Werden und Wert der Großmeister der Tonkunst nahezubringen, jenseits der Sphäre konventioneller Bewunderung schlichte und eindringliche Charakterbilder zu entwerfen, die bei allem Gefühl für die Abstraktheit gerade des großen künstlerischen Eindrucks von seinen zeitlichen und persönlichen Entstehungsbedingungen den Menschen im Werte erkennen lehren und dadurch die wünschenswerten lebendige Beziehung zwischen Hörer und Geschrieben herstellen. Ganz besonders interessant, aber auch schwierig wird die Aufgabe, wenn die Betrachtung sich der Gegenwart nähert, also Erscheinungen an die Reihe kommen, deren unmittelbare Nachwirkung wir noch am eigenen Leibe zu verspüren haben. Da gilt es, einerseits die Lebensfähigkeit der Gemeinde abzumildern, deren ein ausbleibendes Werk zu seinem Aufstieg unumgänglich bedarf; andererseits die noch nicht völlig zum Schweigen gebrachten Vorurteile der Gegnerschaft auf das zutreffende Maß von Kritik zurückzuführen, die ja zum Teil irgendwo und wie in ihnen enthalten ist; namentlich jedoch alles, was der Kampf für und wider an Kleinlichkeit zutage gefördert hat, dahinterzulassen. — La Mara bringt unbestreitbar viel Wärme und Begeisterung für ihre Sache mit; erfreulich ist auch der Fleiß, mit dem sie ihr Material zusammenträgt, vor allem der Fleiß, mit dem sie die ihr ja größtenteils aus persönlicher Anschauung bekannte Briefliteratur heranzieht; dankenswert endlich die — soweit ich kontrollieren konnte — zuverlässigen Werkverzeichnisse, die sie ihrer Monographie anhängt. Darstellerisch verfehlt es aber einen mehr oder minder poetisch sentimental gefärbten Zeilenstil im ganzen nicht hinaus; es mangelt bedenklich an Gestaltungskraft, noch bedenklicher allerdings manchmal an Wissen. Man traut doch zunächst seinen Augen nicht recht, wenn man zum Beispiel in der Franzosenbiographie von Däniken in malvoller Zusammenfassung mit nach liest, daß sich „der protestantische Choral als Lebensstrom von unvergleichlicher Frische durch seine Entwicklung ziehe“, und einiges andere mehr, was aus derselben Tonart geht. Neben derartigen faulstidigen Zirkulären sind Dissertationen wie der in derselben Monographie angelegte arg mangelhafte Versuch, einen Überblick über die Geschichte des deutschen Klavierbaus zu geben, ja sogar so etwas wie das tantenhafte Moralisieren über Brahms' Verhältnis zu Beethoven usw. noch einigermaßen entschuldigbar. — Es hätte wenig Sinn, mehr Einzelheiten anzuführen. Man kann lediglich wünschen, daß die Arbeiten der La Mara, die ihrer Absicht nach sicherlich ein Bedürfnis erfüllen, bald durch Besseres ersetzt und verdrängt werden. Demnach Kreischmar hat vor ungefähr einem Jahr in der Hünnebergischen Internationalen Wochenchrift für Wissenschaft, Kunst und Technik einen Aufsatz über Beethoven veröffentlicht, der ein Beispiel dessen darstellt, was ich unter diesem „Besseren“ verstanden wissen möchte. Wie hier aus der Fülle souveräner Sachkenntnis heraus ein Gesamtbild der Persönlichkeit und ihres Werks gegeben, dies Werk in der historischen Entwicklung verankert und zugleich seinem „zeitlosen“ Werte nach gewürdigt wird, ohne daß dabei, wie etwa in dem in seiner Art mindestens ebenso feinen und bedeutenden Brahms-Essay Philipp Spitta's, etwas des positiven Detailwissens v o r a u s g e s e t z t würde, das ist schiedlich meister- und musterhaft. In dieser vorzüglichen Weise musikalische Allgemeinbildung zu vermitteln, ist eine Kulturaufgabe; alles Halbe oder Schlimmeres als nichts.

Neues Theater. Donnerstag: Die Wildente. Freitag: Tannhäuser (Wagnerzyklus II). Sonnabend: Der Graf von Luxemburg (Juleite: Ilse Lorenz von Berliner Operetten-Theater). Sonntag, 17 Uhr: Lohengrin (Wagnerzyklus IV; Telramund: Erich Klinghammer vom Hünnebergischen Theater). Montag: Maria Magdalena (zum Besten der Wohlfahrtskasse des Deutschen Bühnenvereins). — Altes Theater. Donnerstag: Die Dollarprinzessin (Daisy: Ilse Lorenz). Freitag: Das vierte Gebot (Kunzgruberzyklus VI). Sonnabend geschlossen. Sonntag, nachmittags 5 Uhr: Ein Walzertraum (ermäßigte Preise), abends 7 1/2 Uhr: Wenn der junge Wein blüht. Die Vorstellungen im Neuen Theater beginnen, wenn nichts anderes angegeben, um 7 Uhr, die im Alten Theater 7 1/2 Uhr.

Vereinigte Leipziger Schauspielhäuser. Schauspielhaus. Bis zum 15. Juni geschlossen. — Neues Operetten-Theater (Theater am Thomasking). Donnerstag, Freitag: Demimonde. Sonnabend: Der Regimentspapa. Sonntag, 7 1/2 Uhr: Der Regimentspapa.

Die Vorstellungen im Schauspielhaus beginnen, wenn nichts anderes angegeben, 7 1/2 Uhr, die im Neuen Operetten-Theater, 8 Uhr.

Vollenberg-Theater. Donnerstag: Der Hypochonder. Freitag: Ein gemachter Mann. Sonnabend: Der Vizepapa. Sonntag: Ein gemachter Mann. Montag: Der Hypochonder. Dienstag: Das Geheimnis der alten Ramsell.

Registralpaß (Theateraal; Baubevölkerung). Abends 7 1/2 Uhr: Abentener in Marokko.

Die Liste. Die neuesten Nachrichten halten es angebracht, der kürzlich veröffentlichten Liste derjenigen Herren, die sich nicht schnell genug um den Stadttheaterdirektorposten bemühen konnten, für notwendig, darauf hinzuweisen, daß diese Liste veröffentlicht sei, da die Pacht noch nicht offiziell ausgeschrieben worden ist. Die Bewerbungen selbst sind allerdings veröffentlicht, und die vorliegenden Bewerber, die schon Unterschriften sammelten und Besuche machten, als Direktor Volkner noch nicht einmal die Entlassung aus seinem Vertrag bewilligt worden war, sind lästig genug. Aber die Veröffentlichung der Liste dieser vorliegenden Bewerber war keineswegs verkehrt. Das merkwürdige Freiben, das mit dem Augenblicke einsetzte, da Direktor Volkners bevorstehender Weggang ruckbar wurde, konnte nicht früh genug in helles Tageslicht gerückt werden. — Kapellmeister Richard Sagel hat sich um den Posten des städtischen Kapellmeisters in Mainz beworben und hat nach der Frankfurter Zeitung unter den sechs zur engern Wahl gestellten Bewerbern die größte Aussicht gewährt zu werden. — Die Künstlervereinigung Dresden teilt mit, daß sie den Anmeldebüro für ihre am 1. September beginnende Ausstellung vielfachen Wünschen entsprechend auf 1. August verschoben hat. Nach dem 1. August können Anmeldungen kaum berücksichtigt werden.

Eingelaufene Schriften.

Dr. Paul Fleischer, Die Teilnahme der Frau an den öffentlichen Angelegenheiten. Erneuerte Wiedergabe des auf dem ersten allgemeinen internationalen katholischen Frauentage in Wien am 30. März 1910 gehaltenen Vortrags. Berlin, Verlag des Verbands der katholischen Arbeitervereine. Preis 20 Pf.